Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] **Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.** [Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 184 **Mittwoch, den 9. August 1905.** 12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Nur ein Kassentag! Sonntag ist in Dresden die 12. Jahresversammlung des Zentralverbandes der Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche zusammengetreten. Aller Voraussicht nach dürfte die Aerztefrage nicht, oder doch nur in geringem Maße, in der Debatte auftauchen. Die Kämpfe zwischen den Aerzten und den Krankenkassen scheinen — vorläufig wenigstens — zur Ruhe gekommen zu sein. Wenn der Verlauf der Verhandlungen hält, was die Tagesordnung verspricht, so wird dieser „Kassentag“ sich zu einem nachdrücklichen und machtvollen Protest der Arbeitervertreter gegen die immer unverhüllter auftretenden Pläne der Scharfmacher gestalten, der Selbstverwaltung in der Arbeiterversicherung den Garaus zu machen. Daß es sich bei diesen Plänen nicht um bloße Drohungen und Zukunftsmusik handelt, ist seit den bekannten Herrenhausversicherungen des Fürsten Bülow außer Zweifel, der, um seine Bergarbeitervorlage zu reiten, feierlich erklärte, daß energische Maßregeln gegen „sozialdemokratischen Mißbrauch“ der Krankenkassen in Aussicht genommen seien.

Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht die Stellungnahme des Verbandes zu den Vorschlägen auf Vereinheitlichung des Arbeiterversicherungswesens. Krankenkassen, Invalidenversicherung und Unfallberufsgenossenschaften sind heute völlig von einander getrennt. Zwar sind sie teilweis aufeinander angewiesen und stehen in Geschäftsverkehr miteinander, aber ihr ganzer Ausbau, die Beitragsleistung und Erhebung ist wesentlich von einander unterschieden. Und doch sollen sie alle dem Wohle der kranken, verletzten, siechen Arbeiterbevölkerung dienen. Es ist verständlich und erklärlich, wenn angesichts der Zersplitterung der Wunsch auftaucht, die drei großen Maschinerien zu verschmelzen. Unsere Partei hat von jeher auf dem Boden der einheitlichen Versicherungsunternehmung gestanden. Inzwischen sind nun mancherlei Vorschläge für die Form einer Vereinigung der drei Versicherungszweige gemacht worden. Alle laufen aber darauf hinaus, daß im letzten Ende die Krankenkassen, die lebensvollsten unter ihnen, ihre Selbständigkeit und Selbstverwaltung aufgeben müßten, zugunsten eines reaktionären Systems, in dem die Militäranwärter Bureaukratie die Hauptrolle spielen würde.

Entsprechend einem Auftrage, der ihr auf dem vorjährigen Kassentage geworden, hat inzwischen auch die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Dresden, als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes, in einer Petition an den Bundesrat die Hauptgesichtspunkte angeführt, die für die Krankenkassen in erster Linie bei einer Verschmelzung in Betracht kämen. Da steht zunächst obenan die Forderung auf Ausdehnung der Versicherungpflicht auf alle

> gegen Gehalt, Lohn, Naturalbezüge oder sonstiges Entgelt beschäftigten Personen, deren Jahreseinkommen aus dem Arbeitsverdienste die Summe von 3000 Mark (bisher 2000 Mk) nicht übersteigt, mit Ausnahme derjenigen vom Reich, einem Bundesstaat oder einer Gemeinde beschäftigten Personen, welchen seitens ihrer Arbeitgeber eine dieser Versicherung entsprechende oder gleichwertige Fürsorge gewährleistet ist. Der Versicherungspflicht sollen auch selbständige Gewerbetreibende und Landwirte mit einem Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk. unterliegen.

Die Petition stellt auch die Grundsätze fest, die seitens der Kassen in bezug auf die Leistungen gewünscht werden. Diese Grundsätze fordern eine wesentliche Erweiterung des augenblicklichen Systems, unter welchem die Tätigkeit der Krankenkassen durch Aufsichtsbehörden und Gerichte aufs engste begrenzt werden, während die Invalidenversicherungsanstalten und die Berufsgenossenschaften sich infolge der bureaukratischen Verwaltung respektive des einseitigen Unternehmerinteresses alle möglichen Beschränkungen selbst auferlegen. Die Mittel zur Durchführung aller Zweige der Arbeiterversicherung sollen vom Reiche, den Betriebsunternehmern und den Versicherten aufgebracht werden. Das Reich soll zu jeder Invaliden- und Altersrente einen Zuschuß von 100 Mark jährlich gewähren, während die Betriebsunternehmer und Versicherten laufende Beiträge zu gleichen Teilen zu zahlen haben. Die Organisation soll für alle Zweige der Arbeiterversicherung gemeinsam sein, es sollen allgemeine Versicherungsanstalten errichtet werden. Die Leitung und Verwaltung der Versicherungsanstalten soll deren Vorständen und Generalversammlungen zustehen, die zu einem Drittel durch Vertreter der Betriebsunternehmer, zu zwei Dritteln durch Vertreter der Versicherten gebildet werden. Die Vorstände sollen von den Generalversammlungen gewählt werden. Für die Generalversammlungen wählen die Betriebsunternehmer und die Versicherten aus ihrer Mitte ihre Vertreter.

Mit den Vorschlägen für die Organisation und Verwaltung hat sich die geschäftsführende Kasse auf den Standpunkt gestellt, der bisher von den Arbeitern im allgemeinen eingenommen wurde. Die Art und Weise dagegen, wie nach der Petition die Mittel aufgebracht werden sollen, wird voraussichtlich Bedenken begegnen, weil sie den Gegnern der Selbstverwaltung die Möglichkeit gibt, sich bezüglich der Beitragsleistung auf die Vorschläge der Kassen zu beziehen, ohne die Verwaltungsvorschläge zu beachten.

Die Kassentagung, die Sonntag in Dresden begonnen hat, verdient in den Kreisen der organisierten Arbeiter die größte Beachtung und sollte dazu beitragen, das vielfach recht geringe Interesse der Mitglieder der Krankenkassen an den Fragen der Arbeiterversicherung zu wecken und auch zu stärken.

Vertrauensselige Gemüter. Die oberschlesischen Bürgermeister hoffen noch immer, daß die Regierung wirksame Maßnahmen zur Hebung der Fleischnot unternimmt. Aus Kattowitz wird der „Voss Ztg.“ mitgeteilt: „Die Verwaltungschefs der oberschlesischen Stadtkommunen haben eine neue, scharf begründete Petition verfaßt, die an den Minister v. Podbielski abgesandt werden soll. Man erwartet zuversichtlich, dieser werde seine erste Entscheidung, die nur als eine Verbeugung vor der Landwirtschaft zu betrachten sei, zurücknehmen und die zwingenden Gründe der Petition im Interesse der schwer betroffenen oberschlesischen Arbeiterbevölkerung anerkennen.“ — Die Bürgermeister kennen Pod schlecht, wenn sie von ihm irgend eine Maßregel zur Linderung der Fleischnot hoffen. Agrarisch ist Trumpf!

Wie der Reichsverband „arbeitet“. Dem „Vorw.“ wird aus dem Fürther Wahlkreis geschrieben: „Gelegentlich des „Dankes“, den der Reichsverband von der Vorstandschaft des „Vereins der deutschfreisinnigen Partei Fürth“ erhielt, rühmte der Reichsverband noch besonders die Quantität seiner geleisteten Arbeit. Es dürfte deshalb wohl nicht uninteressant sein, auch etwas über die Qualität der Leistungen reichsverbändlerischer Kommis zu erfahren. Den Wert ihrer Sudelschriften, die unter 13 verschiedenen Titeln verteilt wurden, scheinen die Reichsverbändler selbst nicht besonders hoch einzuschätzen. In Orten, wo sie die Sozialdemokraten fest eingewurzelt wußten, wie in der Stadt Fürth, wurde auch nicht eines dieser Flugblätter verteilt. In anderen Orten wurden sie wieder auf Kinderwagen durch die Straßen transportiert und dabei in jedem Haus Serien dieser Bekehrungsschriften abgeladen. Die Flugschriften, welche noch an den letzten Tagen vor der Wahl zur Verteilung kamen, wurden mit einem roten Zettel beklebt worauf stand: „Barbeck seinen Wählern.“ Was an dummem und verlogenem Zeug je über die Sozialdemokratie zusammengeschimpft wurde, fand seine Zusammenfassung in den Schriften. Mit demselben „Material“ sind auch die Angestellten des Reichsverbandes ausgerüstet. Eine Broschüre, welche Aeußerungen sozialdemokratischer Redner aller Zeiten und aller Zungen und ebenso Zeitungsausschnitte aus dem Zusammenhang gerissen, abdruckt, dient den Agitatoren des Reichsverbandes zum Leitfaden. Einige vorgedruckte Redewendungen zum Auswendiglernen bringen dann den Reichsverbändlern die „Gewandtheit“ und „Geschicklichkeit“ bei, für die ihnen der Freisinn dankt. Daß auch anders über die Handlangerdienste geurteilt wurde, wissen die Beteiligten selbst am besten. Als der Agitator gegen Bezahlung, Herr Ermer, in der Erlanger Versammlung unserem Genossen Bebel in so unflätiger Weise entgegentrat, war die Mißbilligung unter den zahlreich erschienenen Gegnern zu vernehmen. Ermer hatte mehrmals zynisch von „dem Bebel“ geredet“ geredet, der eben alle Augen an seine Lippen gefesselt und alle Gemüter mit fortgerissen hatte, daß die Gegner selbst sahen, ein solches Entgegentreten erhöhe nur die Chancen der Sozialdemokratie. Wenige Tage darauf war auch Ermer aus dem Wahlkreise verschwunden. Angeblich soll er den Auftrag erhalten haben, im Essener Wahlkreise seine Fehler wieder gut zu machen. Noch unverblümter gab sich Herr Komoll als agent provocateur. In einer Versammlung vor dem Wahltage erging er sich in äußerst scharfen Worten und zog zur Bekräftigung dieser aus der Tasche einen Revolver, welchen er den Versammelten sehen ließ. Damit war die Geduld derselben erschöpft und die Versammelten hätten Herrn Komoll sicher ihre Bauernfäuste spüren lassen, wenn er nicht von dem sozialdemokratischen Einberufer und dem sozialdemokratischen Redner davor beschützt worden wäre. Die politischen Freunde dieses Revolverhelden, jungliberale Studenten, ersuchten die Sozialdemokraten um ihren Schutz für Komoll und erklärten ausdrücklich, daß sie sein Gebahren mißbilligten und es ihnen sehr ungelegen käme. Ein liberales Blatt in Erlangen sprach auch offen seine Unzufriedenheit über diese „wenig geschickte Tätigkeit“ aus. Alle übrigen Blätter des Wahlkreises schwiegen sich allerdings aus. Es ist auch recht bezeichnend, daß man bis jetzt noch in keinem bürgerlichen Blatte des Wahlkreises etwas von dem Dank an den Reichsverband gelesen hat. Anscheinend schämt man sich selbst nachträglich über diese Art Wahlhülfe.“ — Auch die Freisinnige Presse im Reiche schweigt sich anscheinend über den Dank vom Hause Richter aus.

Es wird dementiert. Die „Nationalzeitung“ erfährt daß die Nachricht eines Berliner Blattes, daß weitere Verstärkungen in Höhe von 5000 Mann nach Deutschsüdwestafrika geschickt würden, aus der Luft gegriffen ist. Eine geringe Verstärkung sollen auf den dringenden Wunsch Trothas nur die zum Schutze der Etappenlinien bestimmten Detachements erfahren. Für diesen Zweck sind die kürzlich ausgereisten 300 Mann bestimmt. Die Formierung dieser Truppe mußte mit Rücksicht auf die augenblickliche Kriegslage, und speziell auf die durch den bevorstehenden Hauptangriff gegen Hendrik Witboi notwendigen Truppenkonzentration derart beschleunigt werden, daß, selbst wenn der Reichstag hierzu einberufen wäre, er keinesfalls vor der Ausreise des betreffenden Woermanndampfers zusammentreten konnte. Die weiten Abteilungen, welche noch im Laufe des August in Stärke von 800 Mann nach dem Aufstandsgebiete abgehen, stellen dagegen ausschließlich Ergänzungen der durch Gefechtsverluste und Krankheiten entstandenen Lücken der Schutztruppe dar. Die Absendung dieser Ergänzungsformationen wurde gegenüber dem ursprünglichen Plan abermals wegen des neuen Vorstoßes gegen Witboi auf Ansuchen des südwestafrikanischen Oberkommandos lediglich beschleunigt. — Dieses Dementi ist in der Tat zu dumm, um ernstlich erörtert zu werden. Sein Zweck ist auch nur der, die Außerkurssetzung des Reichstages in dieser Frage zu beschönigen.

Und seid ihr nicht willig .... Mit einer Ausschaltung des Fleischergewerbes wird den Schlächtern gedroht, wenn sie weiterhin sich weigern sollten, in den Kurs der Agrarier einzulenken. Die Notleidenden tragen sich mit dem Gedanken, den Fleischverkauf selbst in die Hand zu nehmen. So findet man im „Hann. Tagebl.“ eine Zuschrift von landwirtschaftlicher Seite, worin bemerkt wird, es fehle nicht an Bestrebungen in der hannoverschen Landwirtschaft, daß sie die Versorgung der Konsumenten mit Fleisch in den Großstädten zu angemessenen Preisen durch Errichtung eigener Schlachtstellen auf dem Lande und Verkaufsstellen in der Stadt selbst in die Hand nehmen solle. — Aehnliche Versuche der Notleidenden haben freilich ein klägliches Fiasko erlitten. Trotzdem ist die Mitteilung interessant. Die Agrarier paradieren sonst mit ihrer Mittelstandsfreundschaft. Bei Wahlen wird diese Leimrute mit Vorliebe ausgelegt, um den Mittelstand für die Zwecke der Zirkus Busch-Helden zu ködern. Wie es mit der Mittelstandsfreundschaft aber in Wahrheit aussieht, werden nun wenigstens die Schlachter anfangen zu begreifen.

Deutscher Michel, blöche! Graf Götzen, der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, strebt angesichts der dortigen jüngsten Unruhen die baldige Schaffung einer deutsch-ostafrikanischen Miliz an. — Die Kosten für diese „Miliz“ trägt natürlich der deutsche Steuerzahler.

Schweden.

Der ruhebedürftige König. König Oscar hat durch einen Erlaß dem schwedischen Volk bekannt gegeben, daß er auf einige Zeit die Regierung dem Kronprinzen übertragen muß, um nach den Sorgen der letzten Zeit Erholung in Bädern zu suchen. — Ja, ja, es ist wahrlich nicht leicht, König von Gottes Gnaden zu sein.

Rußland.

Eine Krise soll nach einer Privatmeldung des „Vorwärts“ abermals in Petersburg bevorstehen. Diese, vom 5. datierte Depesche besagt: Man erwartet für nächsten Sonnabend, dem Geburtstag des Thronfolgers, die feierliche Einberufung der „Volksvertretung“. Minister, Großfürsten und einige ausgewählte Beamten versammeln sich jetzt fast täglich beim Zaren in Peterhof und beraten die Einzelheiten des Projektes. Die Meinung, daß gründliche Reformen nötig sind, ist im Ministerrat auch durch Reaktionäre wie Graf Ignatiew vertreten. Aber es ist immer noch mehr als zweifelhaft, ob eine solche Tendenz die Oberhand gewinnen kann. Inzwischen wird die Reaktion täglich brutaler. Der Presse wird die Möglichkeit genommen, wichtige Ereignisse zu registrieren, vom Diskutieren nicht zu sprechen. Verhaftungen sind häufig, besonders unter den Arbeitern. Die Mitglieder des Semstwo-Kongresses stehen in Gefahr, verhaftet zu werden, und es wird behauptet, der Plan bestehe: vor den Wahlen gegen alle Führer der Reformbewegung Prozesse einzuleiten, zu dem Zweck, sie vom Anteil an den Wahlen auszuschließen. Es steht noch einmal eine Krise bevor.

Die Finanzen und der Friede. Der „Russ. Korr.“ wird aus Petersburg gemeldet: Es liegt kein Grund vor, anzunehmen, daß die Neigung, den Krieg fortzusetzen, jetzt hier größer ist, als zu der Zeit, da die Entsendung Wittes beschlossen worden ist. An dieser Tatsache ändern auch nichts Aeußerungen, die Witte in Paris gemacht hat, die dahin lauten, daß seine Hoffnungen auf den Frieden gering seien. Sie werden zutreffend gedeutet als Versuche, und zwar ungeschickte Versuche, die Japaner einzuschüchtern

Vorläufig hält man hier an der Ueberzeugung fest, daß Fragen der Landabtretung und der Abgrenzung der Einflußsphären den Frieden schwerlich zum Scheitern bringen werden; große Schwierigkeiten macht hingegen die Frage der Kriegsentschädigung bei der wachsenden finanziellen Notlage der hiesigen Regierung. Gelingt es nicht die finanziellen Fragen zu lösen, so bedeutet die Fortsetzung des Krieges zugleich die Aussicht auf eine Katastrophe der Staatsfinanzen. Auch der Staatsbankerott hat hier einflußreiche Parteigänger, die darauf hinweisen, daß alsdann die Regierung als wirkungsvolles Mittel gegen die Revolution, und vor allem zur Beruhigung des Bauernstandes Steuerniederschläge und Steuererleichterungen in großem Umfange würde eintreten lassen können. Eindrucksvoller ist aber bisher immer noch in den allerhöchsten Kreisen der Hinweis gewesen, daß eine Untergrabung des russischen Kredits im Auslande das Zarenreich zunächst der Möglichkeit berauben würde, seine Flotte und sein Heer wieder schlagfähig zu machen, — hierfür sei das Geld und die Fabriken des Westens unentbehrlich — und damit würde die internationale Stellung Rußlands schwer geschädigt werden. Die Partei, die im Innern die Herrschaft der Polizeifaust anstrebt und die befürwortet, daß Rußland sich ganz auf sich selbst zurückziehen und sich völlig vom „faulen Westen" abwenden sollte, ist zwar klein aber mächtig; sie hat ihre Vertreter nicht in den verantwortlichen Regierungs-, wohl aber in den Hofkreisen. Immerhin erscheint ihr Sieg, der zugleich die Fortsetzung des Krieges bedeuten würde, ausgeschlossen, so lange die Hoffnung besteht, daß Witte zugleich den Frieden und die Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten erlangt. — Als Beweis für die finanziellen Schwierigkeiten des Zarenreiches dient auch folgende Meldung der „Voss. Ztg.": Infolge der schweren wirtschaftlichen Krise in der Industrie und im Handel unterstützt das Handelsministerium verschiedene große Firmen durch bedeutende Aufträge. Anderen größeren Fabriken werden von der Staatsbank Kredite bewilligt. Im Vorjahre wurden an hundert Millionen Rubel Darlehne verausgabt. Dagegen protestiert augenblicklich die Reichskontrolle, indem sie sagt, solche Kapitalanlage sei höchst unvorteilhaft, und die Kapitalien der Bank würden dadurch bestimmten Operationszwecken entzogen. Infolgedessen beschloß die Staatsbank, nur an alte langjährig bestehende Firmen Kredite zu geben.

Das „Reform"projekt Bulygins ist vom Zaren gutgeheißen worden und wird voraussichtlich am 12. August veröffentlicht werden. Daß es sich bei diesem Projekt eher um alles andere als um eine Reform handelt, war vorauszusehen. Die wichtigsten Punkte, die der „Reform" die Grundlage geben sollten, wie z. B. die Preß- und Versammlungsfreiheit, die Unantastbarkeit der Person 2c., sind von derselben ausgeschlossen worden. Diese Verfassungs„reform" in Rußland ist von demselben Kaliber wie die Wahlrechts„reform" in Lübeck.

Trepow an der Arbeit. Auf Antrag des Generalgouverneurs Trepow wird eine Untersuchung gegen die Mitglieder des Semstwo-Kongresses sowie sämtliche Mitglieder der liberalen Verbände eingeleitet, deren es im ganzen 16 mit 25 000 Mitgliedern gibt. Da in die Volksvertretung Personen, die unter Anklage stehen, nicht gewählt werden dürfen, so ist wenig Aussicht, daß jene 25 000 der radikalsten bürgerlichen Männer in der Versammlung vertreten sind. Die ganze Untersuchung scheint aus diesem Grunde eingeleitet zu sein. Sie ist einem Senator übertragen worden. Anfangs war beabsichtigt, damit ein Mitglied des Gerichtshofes zu beauftragen unter unmittelbarer Leitung des Prokureurs, doch wurde später davon Abstand genommen. Die Aufgabe der Untersuchung besteht darin, den Charakter der Tätigkeit jenes Kongresses juridisch festzustellen. Fürst Dolgoruki wird in dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen hier eintreffen. — Die Semstwoleute haben von dieser Untersuchung nur das eine zu befürchten, daß ihnen die Möglichkeit genommen wird, in die Volksvertretung gewählt zu werden.

Die Gärung in Finnland. Aus Helsingfors wird unterm 7. August gemeldet: Gestern nachmittag versammelten sich auf dem Senatsplatze 20 000 Arbeiter und Mitglieder der gebildeten Stände zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen die Einführung der kriegsgerichtlichen Aburteilung von politischen Verbrechen. Von sechs Rednertribünen aus wurden Ansprachen in schwedischer sowie in finnischer Sprache gehalten, die gegen die Aburteilung des Arbeiters Prokope, des Mörders des Gendarmerieobersten in Wiborg, ferner gegen den stellvertretenden Gouverneur Reinbot, den Polizeimeister Androssow und den Polizeikommissar Pawlutzki gerichtet waren. Die Versammlung forderte die sofortige Verhaftung Androssows und Pawlutzkis, welche unter Mitwirkung des Gouverneurs Reinbot am 24. Januar die Unruhen ins Werk gesetzt hätten, ferner die sofortige Entlassung aller höheren Beamten, welche die Ausführung des Urteils des Helsingforser Ratsgerichts hintertrieben hätten, demzufolge Androssow und Pawlutzki sofort zu verhaften wären und endlich die sofortige Beseitigung der russischen Gendarmerie in Finnland. Ferner forderte die Versammlung die alsbaldige Aufhebung der seinerzeit eingeführten Diktatur, sowie der Zensur, Wiederherstellung der früheren Preßfreiheit und schließlich, da der jetzige Landtag sich als ohnmächtig und zu schwach erwiesen, die Einberufung eines außerordentlichen Landtages, welcher die Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts beraten sollte, durch die allein die Rechte der Bürger gewährleistet werden würden. Die Polizei ließ die Demonstranten gewähren, welche ruhig auseinander gingen, nachdem sie diese Resolution gefaßt hatten.

Australien.

Als Begleiterscheinung des Kapitalismus stellt sich auch regelmäßig die Korruption ein. Im „alten Europa" sind die Formen derselben so verschiedene und das Raffinement so groß, daß die Skandale meistens verschleiert und die beteiligten „Spitzen der Gesellschaft" sich rechtzeitig bei Seite drücken können. In den „jungen Staaten" dagegen, in der Union und in Australien, tritt gelegentlich die Korruption in der nacktesten Form zu Tage. So wird aus Sydney berichtet, daß die Entdeckung von Betrügereien von Politikern bei staatlichen Landverkäufen die Regierung des Staates Neusüdwales veranlassen wird, diese Geschäfte außerhalb des Bereiches der Politik zu stellen. Einen Tadelsantrag gegen die Regierung lehnte die gesetzgebende Kammer ab. Die Gegner hatten der Regierung Nachlässigkeit vorgeworfen. Die Betrügereien wurden durch eine amtliche Kommission aufgedeckt. Die wichtigsten Beweisstücke sind verschwunden, die Zeugen entziehen sich der Aussage. Die Regierungsblätter forderten den Ersten Minister Carruthers auf, zeitweilig aus dem Amte zu scheiden, wenigstens so lange die Untersuchung dauert, weil eine Rechtsanwaltsfirma, der er angehört, in die Angelegenheit verwickelt ist.

Ausland und Kolonien.

Die Russen haben endlich wieder einmal einen Sieg errungen und zwar in der Mandschurei. Wenn derselbe auch nicht von schwerwiegender Bedeutung ist — es handelt sich lediglich um ein Vorpostengefecht — so werden die Russen dennoch Jubelhymnen anstimmen und in diesem kleinen Vorpostensieg ein Zeichen Gottes erblicken. Ueber diesen „Sieg" meldet Linewitsch dem Zaren vom 4. August: Als am 2. August eine russische Abteilung in der Gegend von Haitungschen sich dem Dorfe Nanschanschense und dem 5 Werst nördlich davon belegenen Dorfe Suisulusschuen näherte, wurde sie vom Feuer der japanischen Vorposten empfangen. Gegen 1 Uhr nachmittags zogen sich die Feinde auf die Anhöhen zurück; die Russen zwangen sie jedoch, die ganze Frontstellung zu räumen und sich auf die rückwärtigen stark befestigten Positionen zurückzuziehen. Am 3. August setzten die russischen Truppen die Offensive fort. Die Versuche der Japaner, den linken Flügel der Russen zu umgehen, wurden durch die russische Artillerie vereitelt. Nachdem die russische Abteilung das verfolgte Ziel erreicht hatte, zog sie sich ohne Verluste zurück. Der Feind ergriff hierauf seinerseits die Offensive, ging jedoch wegen des heftigen Feuers schnell zurück. Am 2. August näherte sich eine russische Abteilung dem Dorfe Langunschense, 18 Werst südlich von Taugus und vertrieb die Japaner aus den dortigen Stellungen.

In Wladiwostok werden die ausländischen Kaufleute aufgefordert, die Stadt zu verlassen.

Wir haben an dieser Stelle schon darauf hingewiesen, daß, wenn es in der Mandschurei zu einem Zusammenstoß zwischen den Streitkräften kommt, dieser infolge der enormen Truppenmassen ein äußerst blutiger sein wird. Unsere Ansicht deckt sich nun vollauf mit einem Telegramm des in Mojt sitzenden Korrespondenten der „Daily Telegraph" über die Lage in der Mandschurei: Er sagt, daß die Front der Armee des Generals Linewitsch in der Mandschurei allein sich nunmehr über dreihundert englische Meilen ausdehne. Außerdem führe er den Oberbefehl über die Distrikte am Amur und Tumen und über das Territorium an der Küste entlang bis Wladiwostok. Alle Berichte über Zusammenstöße in Nordkorea und an der Küste entlang wurden ausschließlich von dem Oberstkommandierenden nach Petersburg telegraphiert. Es ist eine sehr bedenkliche Frage, ob der russische Oberstkommandierende überhaupt in der Lage sein könne, ein Kommando über so ausgedehnte Fronten zu führen. Jedenfalls sei so etwas noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen. Es sei wirklich kaum glaublich, daß es ihm gelingen werde, in Verbindung mit allen diesen Armeen zu bleiben. Erst neulich sei es zu ernstlichen Schwierigkeiten gekommen, als es sich um die Verteilung frisch aus Europa angekommener Truppen gehandelt habe, da die anderen Generale und die Mitglieder des Stabes anderer Ansicht gewesen seien als der Oberkommandierende selbst, der absolut nicht gewußt habe, was zu tun sei. General Linewitsch tue jetzt alles, was in seiner Macht liege, um den Schein zu erwecken, als seien seine Vorposten sehr aktiv, er sei in großer Verlegenheit, weil es ihm an Truppen für die genügende Besetzung einer so langen Front fehle. Sicher sei, daß die kommende Schlacht von einer gewaltigen Großartigkeit sein werde, welche die ganze Welt in Erstaunen setzen müsse. Man werde die furchtbarste Szene erleben, die je vorgekommen, seitdem die Welt stände. Sicher sei, daß, wenn die Friedensverhandlungen diesen Kampf nicht noch verhinderten, derselbe so kolossal sein werde, daß er den Krieg unter allen Umständen entscheiden müsse. An ein ferneres Weiterkämpfen werde dann nicht mehr zu denken sein.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 7. August 1905.

Der Wortführer Stiller eröffnete die Verhandlungen um 6¼ Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Antrag des Senates, betreffend Abänderung des Bürgerschafts-Wahlrechts und Bericht der Kommission.

Es ist ein Schreiben Papes und Heises eingelaufen, in dem um Ablehnung des Senatsantrages sowie der Kommissionsvorschläge ersucht wird.

Professor Dr. Baethcke berichtet über die Kommissionsberatungen. Er erklärt, daß die von der Kommission gemachten Vorschläge allein imstande sind, die Bürgerschaft vor einer völligen Majorisierung durch die Sozialdemokratie zu bewahren. Die Frage, ob der Zensus notwendig wäre, sei in der Kommission erörtert, und die Mehrheit habe sich schließlich dafür erklärt. Einen Fehler hat der Zensus allerdings, und zwar den, daß er nicht auch würde. Das ist jedoch nicht der Fall. Sie werden das auch wohl aus dem Flugblatt entnehmen können, das gestern in ihre Hände gelangt ist; in demselben werden wir alle als Raubritter und Wegelagerer bezeichnet. Auch der Bürgerrechtsverein hat sich gegen die Vorlage erklärt. Daß er sich später mit der Sozialdemokratie verbinden wird, ist nicht gut anzunehmen. Bleibt nun der Zensus, so ist die Möglichkeit gegeben, denselben später wieder abzuschaffen oder auch zu erhöhen, wie es gerade notwendig ist. Die Presse hat uns in der Wahlrechtsvorlage zwar im Stich gelassen, aber keine besseren Vorschläge gebracht. Die Kommission ist sich ihrer großen Verantwortung wohl bewußt gewesen, ohne sich um die Angriffe von rechts und links zu kümmern.

Senator Dr. Schön: Die Senatsvorlage will auch den minderbemittelten Schichten das Wahlrecht gewähren; das ist ein Kernpunkt. Die Verhältnisse in Hamburg sind von der Kommission zu ihren Beratungen mit benutzt worden. In Hamburg liegen die Dinge jedoch anders wie hier. Bei den allgemeinen Wahlen sollen nach dem Vorschlage der Kommission nur 30 Vertreter gewählt werden; in Hamburg aber die Hälfte der Bürgerschaftsmitglieder, also 80. Wenn Sie ferner Verhältniswahlen einführen wollen, so müßte das doch auch für beide Klassen geschehen. Auch bei den Priveligiertenwahlen sprechen in Hamburg nicht allein die Vermögenslage der Wähler mit, sondern auch andere Umstände. Ich bitte Sie, die Senatsvorlage anzunehmen.

Coleman: Ich muß bedauern daß die Kommission die Senatsvorlage noch verschlechtert hat. Jeder Zensus ist ungerecht, auch der s. Zt. von Herrn Pape vorgeschlagene, der die Einwohner mit weniger als 1200 Mk. steuerfrei lassen wollte. Hätte man meinen Vorschlag benutzt und für beide Klassen das Verhältniswahlsystem eingeführt, so wäre der Schutzwall gegen die Sozialdemokratie stark genug. Auch in der zweiten Klasse liegen die Verhältnisse für das Bürgertum durchaus nicht so schlecht, wie immer angenommen wird. Das kann man aus der letzten Reichstagswahlstatistik leicht ersehen. Auch die Zahl der bürgerlichen Wähler in der zweiten Klasse wird sich erheblich vermehren. Ich bin dafür, daß die Zahl der Mandate in der zweiten Klasse erhöht wird von 15 auf 21 und dann die Verhältniswahlen eingeführt werden.

Senator Eschenburg: Ich warne Sie, die Zahl der Mandate der zweiten Klasse zu erhöhen. Unterschätzen Sie nicht die Ausdauer der Sozialdemokratie, die sich das zu nutze machen wird. Durch Verhältniswahlen erreichen Sie nichts.

Schulmerich: In Artikel 22 der Verfassung wird eine direkte Ungerechtigkeit vorgeschlagen, indem die Einkommensgrenze auf 2500 Mk. erhöht werden soll, ohne stichhaltige Gründe dafür anzugeben. Dagegen muß ich mich entschieden wenden, da Sie hierdurch eine große Zahl der Bürger in ihrem Wahlrechte erheblich beschränken.

Thiele: Ich bin entschieden gegen die Anträge der Kommission sowie gegen die Senatsvorlage. Sie schaffen dadurch nur Sozialdemokraten. Ich muß die Vorlage als frivol bezeichnen.

Der Wortführer ruft den Redner dafür zur Ordnung.

Dr. Zichl erklärt als Vertreter der Kommissionsminderheit, daß dieselbe damit einverstanden ist, die Einkommensgrenze auf 2000 Mk. festzusetzen. Die Kommissionsvorschläge stellen gegenüber der Senatsvorlage eine Verbesserung dar, weil sie die Möglichkeit schaffen, daß auch die bürgerlichen Wähler in der zweiten Klasse geschützt werden.

Professor Dr. Baethcke tritt nochmals für die Mehrheitsvorschläge ein; gegen die Grenze von 2000 Mk. habe er nichts einzuwenden. Wenn gesagt wird, daß das doppelte Wahlrecht eine Bevorzugung ist, so muß ich erklären, daß es gewissermaßen eine Last ist, zweimal zu wählen. Natürlich werden in der zweiten Klasse auch besonders Leute aus der zweiten Klasse von den Wählern erster Klasse aufgestellt werden.

Senator J. H. Evers bezeichnet die Vorschläge der Kommission als unpraktisch und kompliziert. Auch wird durch dieselben nicht das erreicht, was beabsichtigt wird. Die Zahl der bürgerlichen Wähler hat sich nicht in dem Maße vermehrt, wie die der sozialdemokratischen. Wenn man glaubt, von zehn Mandaten bei den Verhältniswahlen fünf für die bürgerlichen Parteien retten zu können, so ist man sehr im Irrtum. Wenn man die Vermehrung der Bürger verfolgt hat, so dürfte man mit Sicherheit annehmen, daß dieselben hauptsächlich aus dem Lager der Sozialdemokratie kamen, so daß höchstens drei bis vier Mandate dem Bürgertum erhalten bleiben. Zweifelhaft sei ferner, ob es gelingen wird, die bürgerlichen Wähler im genügenden Maße für den Wahlkampf zu interessieren, sonst würden bei den Verhältniswahlen die Sozialdemokraten, die geschlossen vorgehen, noch größere Erfolge erzielen. Gegenüber dem Vorschlage der Kommissionsmehrheit biete der Senatsantag den Vorteil, daß der Zensus aufgehoben wird. Dadurch ermögliche man auch den bürgerlichen Wählern, die weniger als 1200 Mark versteuern, an der Wahl teilzunehmen. Die Doppelwahl wird Mißgunst und Zwietracht im Bürgertum hervorrufen. Es sei übrigens nicht ausgeschlossen, daß man das Johannisquartier für das Bürgertum auch in der zweiten Klasse retten könne. Die Verhältniswahlen werden sehr zur Zersplitterung des Bürgertums und zur Kliquenbildung beitragen. Wenn es notwendig sei, könne man später die Verhältniswahlen ja immer noch einführen.

Dr. Benda tritt für den Antrag der Kommissionsmehrheit ein.

Dr. Görtz schildert die Vorzüge der Kommissionsminderheitsvorschläge. Auch nach Einführung der Verhältniswahlen können die bürgerlichen Parteien getrennt marschieren und vereint schlagen, wenn sie der Sozialdemokratie gegenüber ihre Listen für verbunden erklären. Die Befürchtungen Senator Evers von der Zersplitterung des Bürgertums teile er nicht. Notwendig sei allerdings, daß das Bürgertum im Wahlkampfe seine Schuldigkeit tun. Wie vorteilhaft die Verhältniswahlen sind, haben die Wahlen zum Kaufmannsgericht erwiesen. Daß die Sozialdemokratie die Senatsvorlage und die Kommissionsvorschläge gleich scharf bekämpft, ist bei ihrer prinzipiellen Stellungnahme ganz selbstverständlich. Wenn die Verhältniswahl angeblich kompliziert sei, so würden die Wähler davon sicher am wenigsten bemerken. Redner ersucht dringend um Annahme der Vorschläge der Kommissionsminderheit.

Stender: Wer garantiert uns dafür, daß nicht bei dem Experiment der Verhältniswahlen die Kleinbürger bei den allgemeinen Wahlen durch die bessersituierten Bürger unterdrückt werden? Doch niemand! Ich bitte, die Senatsvorlage anzunehmen.

Dahms: Wie bei den Reichstagswahlen das Bürgertum in den Wahlkampf zieht, obwohl derselbe aussichtslos erscheint, so wird auch nach Annahme der Senatsvorlage das Bürgertum der zweiten Klasse sich an der Wahl beteiligen. Ich bitte deshalb um Annahme der Senatsvorlage.

Lau erklärt sich gegen die Senats- und Kommissionsvorschläge.

Damit ist die allgemeine Beratung geschlossen.

Es wurde in die Spezialberatung eingetreten. Begonnen wurde beim Artikel 20. Es wurde beschlossen nach dem Vorschlage der Kommissionsminderheit, den Zensus aufzuheben und das Wahlalter auf 25 Jahre heraufzusetzen.

Dr. Leverkühn beantragt, anstelle der Worte „mindestens 2000 Mk. versteuern" „mehr als 2000 Mk." zu setzen. Der Antrag wird angenommen.

Da man sich über die Handhabung bei der Abstimmung nicht im Klaren ist, so entspinnt sich eine endlose Geschäftsordnungsdebatte.

Schulmerich beantragte namentliche Abstimmung über den Artikel 22 (Einkommensgrenze bei den beiden Klassen.)

Senator J. H. Evers erklärt, daß der Senat gegen die Heraufsetzung des Wahlalters nichts einzuwenden habe. Gegen die Erhöhung der Zahl der Mandate für die zweite

Klasse, die nur der Sozialdemokratie zu gute kommen würde, müsse er sich entschieden wenden.

Coleman befürwortet noch einmal seinen Antrag, der zweiten Abteilung 21 Mandate zuzuweisen und die Verhältniswahlen einzuführen.

Senator Dr. Schön und Buchwald sprechen sich kurz gegen den Antrag Coleman aus.

Scharff erklärt sich gegen die Kommissionsvorschläge, die den Besitzenden ein doppeltes Wahlrecht verleihen wollen. Er ist für den Antrag Coleman.

Senator Dr. Neumann tritt nochmals dem Vorschlage auf Einführung der Verhältniswahlen entgegen, zumal man sie nur für eine Klasse vorgesehen habe. Die Senatsvorlage ist ein fester Damm gegen die Sozialdemokratie.

Prof. Dr. Baetcke tritt für den Antrag der Kommissionsminorität ein, der die bürgerlichen Wähler der zweiten Klasse gegen die Sozialdemokratie schützen solle.

Dr. Ziehl wendet sich zuerst gegen Scharff. Dann erklärt er den Hamburger Senat zum Bundesgenossen für die Einführung der Verhältniswahlen. Wenn die Senatsvorlage angenommen wird, so werden die bürgerlichen Wähler zweiter Klasse von der Sozialdemokratie ganz aufgesogen werden. Redner ersucht um Annahme der Vorschläge der Kommissionsminderheit.

Senator Dr. Schön bezeichnet nochmals die Hamburger und Lübecker Verhältnisse als grundverschieden.

Senator Eschenburg: Auch bei den Verhältniswahlen wird die Sozialdemokratie die Bürger zweiter Klasse aufsaugen.

Darauf wird zur Abstimmung über die Vorschläge der Kommissionsminderheit (21 Mandate für die zweite Klasse und Einführung der Verhältniswahl) geschritten. Das Resultat ist lange zweifelhaft. Es entspinnt sich sodann eine endlose Geschäftsordnungsdebatte, in der ein unglaublicher Meinungswirrwar zutage tritt. Schließlich erklärt der Wortführer, für den Vorschlag der Kommissionsminderheit hätten 42 Mitglieder, dagegen 43 Mitglieder gestimmt. Der Vorschlag ist also abgelehnt.

Colemans Antrag wird ebenfalls abgelehnt und der Senatsantrag, der 15 Mandate für die zweite Klasse vorsieht, mit großer Mehrheit angenommen.

Die Wahlen sollen im Landgebiet und in Travemünde am gleichen Tage vorgenommen werden. Auch in sämtlichen städtischen Quartieren sollen die Wahlen an einem Tage erfolgen.

Dahms regt an, die Juli-Versammlung der Bürgerschaft in den Juni zu verlegen.

Die Bürgerschaft stimmt dem nicht zu.

Das Gesetz, betr. die Uebergangsbestimmungen vom 15. Dezember 1902 in Anlaß der Abänderung der Artikel 20 und 21 der Verfassung der freien und Hansestadt Lübeck vom 5. April 1875 betreffend wird aufgehoben.

Die Gesetze zur Durchführung der Senatsvorlage werden sodann debattelos angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird sodann die Senatsvorlage mit der Heraufsetzung des Wahlalters angenommen.

Schluß 9¾ Uhr.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 8. August.

Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!

Der Sozialdemokratische Verein hielt gestern abend im „Vereinshaus" eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stand: 1) Wahl eines Boten. 2) Lassallefeier. 3) Stellungnahme zum Mecklenburger Parteitag. 4) Stellungnahme zum allgemeinen Parteitag in Jena. 5) Verschiedenes. Nachdem Genosse A. Ehlers die Namen der ausgetretenen resp. ausgeschlossenen Mitglieder verlesen hatte, wurde Genosse Beetz anstelle des ausscheidenden Genossen Lühr als Bote gewählt. Hierdurch wurde die Wahl eines Revisoren anstelle Beetz notwendig, die, sofort vorgenommen, damit endigte, daß Gen. Cleve als solcher bestimmt wurde. Sodann wurde beschlossen, auch in diesem Jahre die Lassallefeier in gewohnter Weise zu begehen. Mit den Vorarbeiten wurde ein neungliedriges Komitee betraut. Bei der Stellungnahme zum Mecklenburger Parteitag wurde ein vom Gen. Stelling begründeter Antrag, daß fortan die Mecklenburger Genossen die Kosten für die von Lübeck aus bisher betriebene Agitation im 1 und 7. Wahlkreis selbst zu tragen haben, angenommen. Ausdrücklich wurde jedoch betont, daß die Agitation auch fortan, wie bisher, von Lübeck aus betrieben werden solle. Als Delegierte zum Mecklenburger Parteitag wurden die Genossen Schwartz, Lukas und Stelling gewählt. Zum Zum Punkt: Allgem. Parteitag beschäftigte sich zunächst Gen. Stelling mit dem Organisationsentwurf. Derselbe erklärte sich im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden; Redner beantragte nur, dem Parteitag einen Antrag zu unterbreiten, nach welchem anstatt 25 Proz. der gesamten Eintrittsgelder und Beiträge der Wahlkreise nur **20 Prozent** an den Parteivorstand abgeführt werden sollen. Zu dem Tagesordnungspunkt des Parteitages: „Der politische Massenstreik" befürwortete Redner folgende als Richtschnur für die Delegierten dienende Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich im Prinzip für die evtl. Anwendung des politischen Massenstreiks zur Abwehr von Angriffen auf die Volksrechte."

Genosse Schwartz wandte sich gegen diese Resolution, desgleichen Genosse Wissell, letzterer mit der Motivierung, daß man sich unter keinen Umständen für die Zukunft binden könne. Ein Massenstreik würde aus den Verhältnissen heraus impulsiv geboren. Genosse Madsen wandte sich gegen Gen. Schwartz. Gen. Schwartz meinte, daß die Lübecker Delegierten sich der Stimme enthalten müßten. Der Parteitag würde unbedingt die Forderung des Massenstreiks in das Programm aufnehmen. Genosse Wissell bestritt das. Die Frage der Anwendung des politischen Massenstreiks sei eine Frage der Taktik und da dürfe man sich nicht programmatisch festlegen. Gen. Stelling betonte, daß der Parteitag klipp und klar Stellung zum Massenstreik nehmen müsse. Selbstverständlich sei es, daß er nur dann zur Anwendung kommen könne, wenn die Massen dafür zu haben seien. Gen. Ploog schloß sich der Resolution Stellings an und beantragte, gleichfalls zur Information für die Delegierten, folgende Resolution:

„Die Versammlung erklärt, daß sie nach wie vor als wirksamstes Mittel zur Begehung der Maifeier die Arbeitsruhe hält."

Nunmehr wurde zur Abstimmung geschritten; der vorliegende Antrag, sowie die beiden Resolutionen fanden Annahme. Zu Delegierten zum deutschen Parteitag wurden die Gen. Schwartz und Wissell bestimmt. — Im Verschiedenen wurde nach lebhaftem für und wider die Frage der Teilnahme der Partei an Beerdigungen von Genossen, denen ein Geistlicher folgt, durch Annahme folgenden Antrags erledigt: „Die Beteiligung erfolgt nur dann, wenn dieses von den Angehörigen gewünscht und wenn kein Geistlicher bei der Beerdigung zugelassen wird. Die Parteifahne darf nur mitgenommen werden, wenn mindestens 30 Mitglieder im Sammellokale anwesend sind." — Genosse Schwartz ersuchte die Genossen, dem kirchlichen Sektenwesen in Lübeck mehr als bisher Aufmerksamkeit zu schenken. — Genosse Löwigt teilte kurz mit, daß die Bürgerschaft den vom Senat vorgeschlagenen Wahlrechtsraub soeben sanktioniert habe. Man habe erklärt, daß durch die Aufhebung des Zensus der Sozialdemokratie eine Waffe gegen das Bürgertum aus der Hand gewunden sei. Das ist nicht der Fall. Das jetzt beschlossene Wahlgesetz mit seinen schreienden Ungerechtigkeiten kann uns in jedem Wahlkampfe die besten Dienste leisten. Redner ersucht um Annahme folgender Resolution:

„Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins nimmt mit dem Ausdruck tiefster Entrüstung Kenntnis von dem schmählichen Wahlrechtsraub, den heute am 7. August die Lübecker Bürgerschaft an der minderbemittelten Bevölkerung vorgenommen hat. Sie erblickt in der Zubilligung von 15 Mandaten an die weitaus größten Bevölkerungsschichten eine Verhöhnung derselben durch das privilegierte Bürgertum. Durch die Abstimmung hat die Bürgerschaft bewiesen, daß ihr nicht das Wohl der Allgemeinheit am Herzen liegt, sondern daß es ihr nur darauf ankommt, sich selbst Vorteile auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerung zu verschaffen. Trotz der Wahlrechtsverschlechterung sind die Versammelten jedoch entschlossen, sich an den Bürgerschaftswahlen mit allen Kräften zu beteiligen, um den Wahlrechtsräubern die Stärke der Arbeiterschaft und dadurch zugleich die Größe ihres Verbrechens ziffernmäßig vor Augen zu führen."

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung um 12 Uhr.

Es hat gewirkt! Das Flugblatt des Bürgerschaftswahlkomitees, welches am Sonntag im lübeckischen Freistaate verbreitet wurde, kennzeichnet das schmachvolle Vorgehen der Wahlrechtsverschlechterer in verdient scharfer und zutreffender Weise. Gegen die angeführten Tatsachen läßt sich absolut nichts einwenden, und so sucht man sich damit zu helfen, daß man auf den Ton des Flugblattes schimpft. Den „Lübeckischen Anzeigen" war die ihnen vorzüglich liegende Rolle des journalistischen Hausknechts der Reaktion zugefallen, und so ist es kein Wunder, daß sie sich durch die Peitschenhiebe des Flugblattes getroffen fühlen. Sie quatschen nun wie folgt:

„Gewalt geht vor Recht!" Unter dieser Ueberschrift wurde gestern von der Sozialdemokratie von Haus zu Haus ein wüstes Pamphlet verbreitet, das schon infolge seines rohen Tones eine Erwiderung nicht verdient. Bemerkt sei nur, daß die Mitglieder der Bürgerschaft als Wegelagerer, Raubritter, Mammonsknechte usw. beschimpft werden und daß besonders der Wortführer der Bürgerschaft, Herr Stiller, die Zielscheibe von Angriffen ist. Das geschmackvolle Druckwerk schließt mit den Versen „Hoch über eurer Lüge ein freier Adler kreist". Als solcher unterzeichnet sich J. Stelling, der Vorsitzende des Bürgerschaftswahlkomitees der Sozialdemokratie."

Wir wollen nur bemerken, daß es wohl nicht der angeblich „rohe Ton" ist, der dem Amtsblatt ein heilsames Schweigen auferlegt, sondern die Wucht der vorgebrachten Gründe. Wenn die „Lübeckischen Anzeigen" über den „rohen Ton" jammern, so sollten sie sich vor allen Dingen erst an die eigene Nase fassen, und nicht bereits zehn- und mehrmal widerlegte Unwahrheiten, die häufig grobe Beschimpfungen der Arbeiterführer in sich schließen, wiederholen. Wir wollen nochmals feststellen, daß das Flugblatt gewirkt hat, und das war sein Zweck. Darüber ist Genosse Stelling „als solcher" und mit ihm viele andere gewiß nicht betrübt.

Unsinn, Du siegst! Dem Amtsblatt steckt immer noch der Kreuzerbesuch mit dem dazu gehörigen Klimbim in seinen alten Knochen. Augenscheinlich ist auch im Oberstübchen noch nicht alles wieder in Ordnung, denn die Redaktion schlägt allen Ernstes vor, den Kai beim Schuppen 18, an dem der Kreuzer „Lübeck" lag, zum ewigen Andenken an jenes gewaltige historische Ereignis „Lübecker Kai" zu nennen. — Wenn Lächerlichkeit wirklich tötet, dann müßte das Amtsblatt längst sein kümmerliches Dasein verloren haben.

Ein kleines Schadenfeuer entstand gestern mittag in der Königstraße. Die am Laden der Zuckerwarenhandlung von Gaedt, Ecke der Hundestraße, befindliche Markise wurde angeblich durch Kinder, die mit bengalischen Streichhölzern spielten, in Brand gesetzt und von den Flammen zum großen Teil zerstört. Es gelang dem herbeigeeilten Ladeninhaber, das Feuer in kurzer Zeit zu löschen.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.)

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldeschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für Nachschlagen des Bürger- resp. Staatsangehörigkeits-Registers wird eine Gebühr berechnet.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Neuer Hilfsrichter. Assessor Utermark, hier, ist vom Senat im Einvernehmen mit dem Großherzoglich Oldenburgischen Staatsministerium für die Zeit vom 1. Oktober d. J. ab bis auf weiteres dem hiesigen Landgericht als Hilfsrichter beigeordnet.

Zur Frage des Theaterneubaues. Die Kasino-Gesellschaft erbot sich, ihre Grundstücke, auf dem das alte Stadttheater steht, für 360 000 Mk. der Theater-Kommission der Bürgerschaft anzustellen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden gemeldet im Monat Juli 14 Fälle, darunter an Diphterie 8, Masern 1, Scharlach 1, Typhus 3 und Wochenbettfieber 1. Tödlich verlief kein Fall.

Die Wasserwärme des Krähenteiches betrug gestern nachmittag 20 Grad.

-r. **Schwartau.** Als ein Gemeindevorsteher, wie er nicht sein soll, entpuppt sich immer mehr unser Ortsgewaltiger Herr Hattenbach. Demselben ist es bekanntlich vorbehalten geblieben, ein Mittel zu finden, mit dem man einen Gegner erfolgreich bekämpft. Denn wenn man Jemand das Wort nicht erteilt, denn kann hei ok niks seggen. Und es hätten wahrlich die Lübecker Spießer keine Ursache, das Wahlrecht zu ändern, wenn sie sich an unserm Gemeindevorsteher ein Beispiel nehmen. Wir sind aber doch der Meinung, daß man es demselben nicht als Schlauheit anrechnen kann, im Gegenteil, er hat hier mal so recht seine schwache, gewalttätige Seite in den Vordergrund gerückt. Es dürfte dieses Vorgehen mit recht nicht nur in Schwartau, sondern weit über dessen Grenzen hinaus berechtigtes Aufsehen erregen. Es fehlt nun nur noch, daß man bei einer Wahl eventuell sagt, Sozialdemokraten dürfen nicht gewählt werden. Werden trotzdem welche gewählt, so werden diese nicht anerkannt. Es geht doch nichts über unsere Knebelsdorfer!

Ratzeburg. Ein trauriger Unglücksfall ereignete sich in St. Georgsberg. Ein Einwohner von dort nahm ein in der Stube aufgehängtes geladenes Gewehr von der Wand herunter, als plötzlich der Schuß losging. Die Kugel drang einem gleichfalls im Zimmer anwesenden und zu Besuch weilenden jungen Kaufmann in den Unterleib und verletzte die Nieren, sodaß sich eine Operation nötig machte.

Schönberg. Zum Raubmordversuch. Der wegen des bekannten Raubmordversuchs hier inhaftierte Arbeiter Schall machte im Gefängnis kürzlich den Versuch, sich mit Streifen von einem Handtuch am Türdrücker zu erhängen. Der Wärter kam hinzu und vereitelte so das Vorhaben.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Durch Blitzschlag eingeäschert wurde am letzten Freitagabend in Lüchau bei Sandesneben das Gewese des Hufners Meins, in Duvensee bei Russe das Gewese des Landmanns Grell, in Rieps (Fürstentum Ratzeburg) die Scheune des Besitzers Wienck, in Ruhwinkel bei Wankendorf das Wohnhaus des Gemeindevorstehers Scheel. — Ertrunken. Der Koch des im Glückstädter Binnenhafen löschenden Heringsloggers „Hummer", ein siebzehnjähriger Jüngling mit Namen Frerichs, aus Karolinensiel stammend, ist in der Nacht zum Sonntag über Bord gefallen und ertrunken.

Hamburg. Wegen Mordversuchs wurde der Kastenschutenschiffer Conrad von der Polizeibehörde verhaftet. Conrad hatte auf dem im Moldauhafen liegenden Fahrzeug seine Ehefrau infolge von Streitigkeiten mit einem Kochtopf auf den Kopf geschlagen und ihr eine sieben Zentimeter lange Wunde beigebracht. Nachdem die Frau von einem Arzt, bei dem sie sich hatte verbinden lassen, auf die Schute zurückgekehrt war, erfaßte der Mann die Arme an der Brust und an der Kehle und warf sie ins Wasser. In der Nähe befindlichen Anglern gelang es, die Ertrinkende nach vieler Mühe zu retten, worauf sie ins Hafenkrankenhaus geschafft wurde. Die benachrichtigte Kriminalpolizei nahm den Täter kurz darauf fest. Kinder der Eheleute sind von der Polizeibehörde anderweitig untergebracht worden.

Kiel. Der Bau der berüchtigten Torpedolustjachten für russische Rechnung wird auf der Germaniawerft unverfroren weiterbetrieben. Die dritte der Jachten, oder vielmehr der noch im Bau befindlichen Torpedoboote, wird zur Zeit fertig genietet. Ein viertes wird wieder in einzelnen Teilen versandt, um anderswo zusammengesetzt zu werden. Etwa die Hälfte des Bootes ist bereits auf Bahnwaggons verladen und abgesandt worden. Die zweite Hälfte wird alsbald folgen.

Apenrade. Ziegeleiarbeiterausstand. Auf der Tonwarenfabrik „Friedenshöhe" haben am 2. August 26 Ziegeleiarbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Stundenlohn von 38 Pfg., statt der bisherigen 35 Pfg. Von den in Betracht kommenden Arbeitern sind leider nur zwei im Fabrikarbeiter-Verband organisiert. In Flensburg angeworbene Arbeiter reisten nach erhaltener Aufklärung über die Sachlage wieder ab. Mit unheimlicher Schnelligkeit wurden die schwarzen Listen versandt. Als die beiden organisierten Arbeiter am nächsten Tage bei den Ausschachtungsarbeiten zum Amtsgerichtsgebäude wegen Arbeit anfragten, wurde ihnen eröffnet, daß sie keine Arbeit bekommen könnten, weil sie auf der schwarzen Liste ständen. Zuzug von Ziegeleiarbeitern nach „Friedenshöhe" bei Apenrade ist fernzuhalten.

Hadersleben. Arbeitgeberterrorismus. Dem „Hamb. Frdbl." wird berichtet: Maurermeister Hansen in Mastrup, welcher sich geweigert hatte, dem Arbeitgeberverband beizutreten, sandte einen Fuhrmann nach der Mastruper Ziegelei, um ein Fuder Steine zu holen. Auf dem Rückweg traf der Fuhrmann den Ziegeleibesitzer. Als dieser erfuhr, daß die Steine für Hansen bestimmt seien, forderte er den Fuhrmann auf, die Steine wieder nach der Ziegelei zurückzufahren. Es entspann sich ein Wortwechsel, der schließlich damit endete, daß der Ziegeleibesitzer dem Fuhrmann 10 Mark zahlte, worauf die Steine wieder nach der Ziegelei gefahren wurden.

Bremen. Großfeuer äscherte am Sonntag früh die Wagenlackieranstalt von Balke, Breitenweg 29, sowie den angrenzenden Lagerschuppen und die Stallungen des Fuhrwerksbesitzers Nerkirch, ferner den Schuppen des Fouragegeschäfts von Martin Luther vollständig ein. Bei Balk verbrannten 19 zum Teil wertvolle Wagen.

Bremen. Vom Blitz erschlagen. Der 33 Jahre alte Arbeiter Czaika war mit seinem Sohn und einem Arbeiter zum Fischen gegangen, in der Weser unterhalb der Werft der Aktiengesellschaft „Weser". Als sie gegen 8 Uhr von dem schweren Gewitter überrascht wurden, krochen sie zusammen in einen in der Nähe befindlichen Busch. Als sie einige Minuten dort gesessen hatten, wurden sie von einem Blitzschlag getroffen. Der Sohn Czaikas und der Arbeiter erholten sich nach einiger Zeit von ihrer Betäubung, Czaika fanden sie aber tot am Boden liegend. Sein rechtes Ohr war blau angelaufen, auf der rechten Backe hatte er eine 1 Zentimeter lange Rißwunde. — Beim Baden ertrunken ist am Freitag nachmittag die 13 Jahre alte Erna Eickemeyer, deren Eltern in der Henriettenstraße wohnen. Die Ertrunkene badete mit drei Mitschülerinnen zusammen in der Weser bei der Pauliner Marsch, sie wagte sich zu weit vom Ufer in die Weser und versank plötzlich vor den Augen ihrer Mitschülerinnen.

Aus Nah und Fern.

Die Verhaftung eines Bürgermeisters. In Berlin wurde auf Requisition der Staatsanwaltschaft zu Bleicherode der dortige Bürgermeister Preiß verhaftet, der seit einiger Zeit vom Amte suspendiert ist und sich besuchsweise in der Reichshauptstadt aufhielt. Gegen den Verhafteten schwebt ein Verfahren wegen Vergehens gegen die Sittlichkeit.

Aus dem Zuge gesprungen. Die 21jährige Klara Hebbing, die sich nach Hagen begeben hatte, benutzte zur Rückkehr irrtümlich den in Haspe nicht haltenden Schnellzug. Als das junge Mädchen hier seinen Irrtum gewahrte, sprang es aus dem in voller Fahrt befindlichen Schnellzuge, schlug mit dem Kopfe auf und blieb tot auf den Schienen.

Drei Tage lebendig verschüttet. Der „Grazer Tagespost" wird aus Klagenfurt berichtet: Am Montag den 24. Juli waren drei Bergleute, zwei Männer und ein Junge, in einem Teile des Thomas Stollens im Fuggertal bei Blendegewinnung aus dem „alten Mann" oder alten Versatz beschäftigt. Als sie um 3 Uhr nachmittags nach Schluß der Schicht nicht kamen, wurde sofort Nachschau gehalten und man fand, daß eine Ablösung des alten Versatzes eingetreten war, durch welche die Leute abgeschlossen worden waren. Die Rettungsarbeit wurde sofort eingeleitet. Ein Mann nur kann vor Ort arbeiten, aber vier Helfer stehen ihm bei, so daß je fünf Mann durch sechs Stunden beschäftigt sind. Man konnte in Zeitabständen das Pochen der Eingeschlossenen vernehmen und jedenfalls konnten auch diese das Geräusch der Hilfsaktion vernehmen. Erst tags darauf vormittags konnte man die Rufe der Leute hören, so daß man sie sicher retten zu können hoffte. Tag und Nacht wurde fleißig gearbeitet. Als am Mittwoch vormittag den Abgeschlossenen durch ein Eisenrohr und Gummischläuche flüssige Nahrung (eine Mischung von Ei, Mehl, Kognak, Zucker) zugeführt werden konnte, war die Gefahr des Verhungerns behoben, auch Kerzen und Zündhölzchen konnten durch das Rohr, das etwa 2½ Meter lang war, hineingeschoben werden. Erst am Donnerstag gelang es endlich, die Verschütteten zutage zu fördern. Sie haben die drei Tage gut überstanden und konnten den Weg von der Grube zum Tale ohne Unterstützung zurücklegen. Die Kälte (7½ Grad Reaumur ist die Grubentemperatur) war wohl das peinlichste an der Situation, da sie doch aus dem Schalle der Arbeiten wahrnehmen konnten, daß die Befreiung nahe war.

Heiteres aus ernster Zeit. Der Rat der Professoren der russischen Universität Dorpat erwählte zu Ehrenmitgliedern Leo Tolstoi und den bekannten Priester Johann von Kronstadt. Dieser sandte aber das Diplom dankend zurück mit der Begründung, daß er zusammen mit einem so gottlosen Menschen wie Tolstoi an einer Universität nicht als Ehrenmitglied figurieren wolle.

Munizipalräte unter sich. Aus Malaga wird berichtet: Vier Munizipalräte, die nach einem heftigen Streit infolge von Meinungsverschiedenheiten sich ohne Erfolg ihre Zungen gescheut hatten, haben in den Räumen des kaufmännischen Vereins mit Revolvern aufeinander geschossen. Einer wurde getötet und zwei schwer verwundet.

Letzte Nachrichten.

Beuthen. Durch Hochofengase verunglückt sind im Borsigwerk die Arbeiter Lussek und Lukaschik. Lussek ist der Gasvergiftung erlegen.

Spremberg. Ein schreckliches Eisenbahnunglück, dem etwa 20 Passagiere eines Berliner Schnellzuges zum Opfer gefallen sein sollen, ereignete sich hier. Der „Spremberger Anzeiger" meldet darüber von gestern: Der hier um 5 Uhr 40 Minuten abgehende Schnellzug rannte, 20 Minuten von Spremberg entfernt, bei Bude 7 auf den von Görlitz kommenden Nachtzug. Beide Lokomotiven liegen zertrümmert neben dem Bahndamm. Die ersten beiden Wagen des Berliner Zuges sind vollständig ineinandergefahren. Sämtliche Passagiere sind entweder schwer verletzt oder tot. Bis 10 Uhr abends waren sieben Leichen geborgen und sechs Schwerverletzte durch einen Krankenzug nach Kottbus überführt worden. An der Freilegung der noch zwischen den Trümmern liegenden Toten eines Wagens mit 1. und 2. Klasse ist die hiesige Turnerfeuerwehr beschäftigt. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt, soll aber zwanzig betragen. Von Spremberg sind vier Aerzte an die Unglücksstätte geeilt. — Eine amtliche Meldung liegt noch nicht vor.

Aachen. Bergmannslos. Am Sonnabend, vor Schluß der Schicht, stürzte auf der Grube „Boccard" im benachbarten Herzogenrath die Förderschale, auf der zur Belastung elf Arbeiter auf Anweisung Platz genommen hatten, in die Tiefe. Von den auf der Schale befindlichen Leuten suchten sich zwei zu retten. Sie kamen mit leichten Verletzungen davon. Von den übrigen blieben vier tot. Die anderen wurden schwer verletzt.

Quittung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

Verband der Buchbinder . . . . . 5,— Mk.

Expedition des „L. V."

Viehmarkt.

Hamburg, 7. August

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 1240 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Bergkuhwelle — Mk. Verstandtschweine, schwere 66½—67 Mk., leichte 58 Mark Sauen 58—62 Mk. und Ferkel 63—66 Mk. pro 100 Pfund.

Für die bewiesenen Aufmerksamkeiten anläßlich unserer Hochzeit sagen allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank.

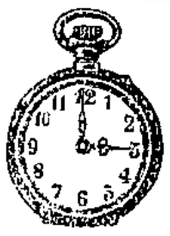
Wilhelm Petereit und Frau,
geb. Helm.

Gesucht ein größeres Hausmädchen
außer der Schulzeit Wacknitzmauer 23, pt

Eine Hobelbank zu verkaufen Brieffstraße 21

Verloren auf dem Wege Schönböckenerstraße bis Hüxstraße **ein Almanach des Holzarbeiterverbandes,** lautend auf H. Beetz. Abzugeben in der Exped. d. Bl.

Arbeiter
kaufen ihre Möbelaussteuer jetzt:
im Möbelhaus „Hansa"
Johannisstrasse 23.
1 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch, 1 Spiegel, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Kleiderschrank, 1 Küchenschrank, 1 Küchentisch, alles zus. nur **Mk. 150.–**
Nur gute Arbeit.
Diese billigen Preise gelten nur für Arbeiter.



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsetzen . 1,50
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hüxstraße 89

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wahmst. 8.

Feuerversicherung schließt ab unter günstigen Bedingungen **A. Beßmann, Friedenstr. 47.**

Scherm's Reisehandbuch
für wandernde Arbeiter.
Mit einer Eisenbahn- u. einer Straßenkarte
— Preis 1,50 Mk. —
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Von der internationalen Bibliothek
erste Serie
empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb.	Mk.	2,—
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	„	„	2,50
Bebel, Charles Fourier,	„	„	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	„	„	1,50
Kautsky, Das Erfurter Programm,	„	„	2,00
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	„	„	2,50
Stepniak, Der russische Bauer,	„	„	2,—
Mehring, Die Lessing-Legende,	„	„	3,50
H. Lux, E. Cabet und der ikarische Kommunismus	„	„	2,—
Plechanow, N. G. Tschernischewsky,	„	„	3,—
Fr. Engels, E. Dühring's Umwälzung der Wissenschaft	„	„	3,—
Dietzgen, Das Aquisit der Philosophie und Briefe über Logik	„	„	2,—

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Der
Neue Welt-Kalender
für 1906
ist soeben in bekannter feiner Ausstattung erschienen und lassen wir das Inhaltsverzeichnis folgen:

Kalendarium. Postwesen. Beachtenswerte Adressen. Statistisches. **Rückblick. Messen und Märkte.** Im Kreislauf des Jahres. **Villa Wanda,** von Ernst Preczang (mit Illustrationen). Großstadt-Frühling, Gedicht von Ludwig Lesser. **Unsere Forderungen an die Schule,** von Heinrich Schulz. **Vom gesunden und kranken Magen,** von Dr. R. Silberstein (mit Illustration). Sprüche. Der Friedensbote, ein Silvestermärchen von Clara Müller. **Josef Schen und die Arbeiter-Gesangvereine,** von h. w. (mit Porträt). **Ein walzender Schuhknecht im 17. Jahrhundert,** von Alwin Adé. **Unsere Beerensträucher und ihre Kultur,** von Curt Grottewitz (mit Illustrationen). Märtyrer-Gesang, Gedicht von Robert Seidel. **Sein Sieg,** Erzählung von Wilhelm Holzamer (mit Illustrationen). **Die erste Million,** von A. v. Elm. **Südwestafrika,** von A. Südekum (mit Illustration). Abschied, Gedicht von Ernst Preczang. **Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland,** von Clara Zetkin. **Die Revolution in Rußland,** von Wilhelm Blos (mit Illustrationen). **Unsere Todten** (mit Porträts). **Fliegende Blätter.** Der höhere Gesichtspunkt, von Wilh. Schröder. Für unsere Rätsellöser. Trächtigkeits- und Brütekalender. — Hierzu vier Bilder: Der Bauer, Sonntagsruhe, Reiche Beute, Am Ort der Tat. Ein Dreifarbendruck auf Kunstdruckpapier: Ein lustiges Lied. Ein Wandkalender.

Der „Neue Welt-Kalender" ist zum Preise von **40** Pfg. zu beziehen durch unsere Buchhandlung sowie von unseren Kolporteuren und Austrägern.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstrasse 50.

Freiwillige Kranken- und Sterbe-Kasse.
Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 6 in Lübeck.
Außerordentliche
General-Versammlung
am Donnerstag den 10. August 1905
abends 9 Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.
Tages-Ordnung:
1. **Beschlußfassung über die Vereinigung der Freiwilligen Kranken- und Sterbekasse, E. H.-K. Nr. 6, mit der Kranken- und Sterbe-Kasse gewerblicher Arbeiter, E. H.-K. Nr. 24.**
2. **Auflösung der Freiwilligen Kranken- u. Sterbe-Kasse, E. H.-K. Nr. 6.**

Der Vorstand.
Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Deutscher Metallarbeiterverband
(Verwaltungsstelle Lübeck.)
Die Mitgliederversammlung am Mittwoch den 9. dss. Mts. fällt aus.
Dafür findet
Mittwoch den 9. d., abds. 9 Uhr,
eine
Bezirksvertrauensmännersitzung
statt.
Die Ortsverwaltung.

Achtung!
Töpfer Lübecks!
Den Mitgliedern der „Zentral-Kranken- und Sterbekasse", Zahlstelle Lübeck, zur Kenntnis, daß die Verwaltung der Kasse bis auf weiteres dem Kollegen **E. Wustrow, Augustenstr. 28 a,** übertragen ist.

Stadt-Halle.
Mittwoch: Abonnements-Vorstellung 75.
Operetten-Aufführung zu halben Preisen.
Zum letzten Male:
Die Fledermaus.
Anfang 7½ Uhr. Von 7 Uhr: Konzert.
Logen 1.50 Mk., 1. Parkett 1 Mk., 2. Parkett 50 Pf.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt. Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 184 — Mittwoch, den 9 August 1905 — 12. Jahrgang.

Das Tagebuch einer „Verlornen“.

Unter dem Titel „Tagebuch einer Verlornen. Von einer Toten“ ist im Verlag von Fontane u. Co, Berlin, ein Buch erschienen (Preis 3 Mark), das schon seines ungewöhnlichen Inhalts wegen allenthalben das größte Aufsehen machen muß, das aber auch seines tiefen sittlichen Gehalts und seiner literarischen Bedeutung wegen Anspruch auf das Interesse weitester Kreise hat.

Bei dem „Tagebuch einer Verlornen“ handelt es sich um die Aufzeichnungen einer Dirne, und zwar einer, die durch die tiefsten Niederungen ihres Gewerbes mußte. Diese Aufzeichnungen, die aus der Kinderzeit bis zum Tod des jungen Geschöpfes reichen, wurden von der Schriftstellerin Margarete Böhme, einer Bekannten der Verstorbenen aus den Kindertagen, glücklicherweise nicht zu einem Roman verarbeitet, sondern nur entsprechend redigiert und überarbeitet. So ist ein Buch daraus geworden, erschütternd, schauerlich und grotesk, fesselnd von der ersten bis zur letzten Seite.

Ein paar Proben aus dem Inhalt dieses Buches und Lebens. Und zwar zunächst aus der schlimmsten Berliner Zeit, wo die Dirne schon „Landluft genießen“, d. h. Schminke anwenden muß und bei einer Kupplerin niedrigster Art in der Zimmerstraße domiziliert. Die unerhörte Summe von 180 Mark muß sie für ihr schäbiges Zimmer monatlich zahlen. Angemeldet ist sie als „Sprachlehrerin“, denn sie spricht Französisch, Italienisch, Englisch und Russisch, und 4000 Mk. Einkommen hat sie zu versteuern. „Ob sich die Steuerbehörde über das Einkommen einer Sprachlehrerin in der Zimmerstraße wirklich solche Illusionen macht?“

Eines Abends stößt Thymian, wie Margarete Böhme die Verlorne getauft hat, auf einen alten Herrn, der ihr nicht von der Seite weicht. Sie taxiert ihn richtig als: „alter abgedankter Aristokrat, Lebemann a. D., nichts vor und nichts hinten“. Er zeigt ihr ein Zwanzigmarkstück, das letzte von sechshunderttausend Schwestern, die er in vierzig Jahren durch die Gurgel gejagt hat. Der Mann wird ihr interessant, sie trinken eine Flasche miteinander und kommen ins Gespräch. Ob er, der einstige schlesische Rittergutsbesitzer, denn gar keinen Grundbesitz mehr habe? Doch. Und zwar ein — Grab auf dem Schöneberger Friedhof mit einem Gitter für 600 Mk. und einem Stein darauf, den er inzwischen aber schon wieder versilbert habe. Gegen zehn Bons auf Sekt kauft ihm Thymian diesen „Schöneberger Grundbesitz“ ab. Er dient ihr in stillen Stunden, so zwischen 6 und 7 Uhr abends, als „Sommerfrische“. Eine bequeme Bank steht unter der Weide und in den vier Ecken sind Blumenbeete angelegt. Dort sitzt sie und hängt ihren Gedanken nach, wie doch die Welt so schön und das Leben so ekelhaft sei. Muß sie dann wieder in die Stadt, auf die Straße zurück, widert sie ihr Leben doppelt an und nur eins freut sie: daß niemand das Gewerbe, das sie treibt, ihrem Gesicht ansieht, wie es bei ihren Kolleginnen meist der Fall ist. „Ich glaube, es kommt davon, daß ich meinen Geist von den Funktionen meines Körpers emanzipiere. Ich lese viele gute Bücher, jetzt habe ich mich an Nietzsches „Zarathustra“ gemacht, aber ich verstehe das meiste nicht. So ist es mir, als wären Geist und Körper bei mir zwei verschiedene Wesen, aber der Geist bezahlt dem Körper seine Miete, indem er ihm den Reflex seines Daseins auf das Angesicht drückt, so daß man die lebendige Leiche nicht gleich als Leiche rekognoszieren kann. Ach, Kinder, was haben es doch die Toten da draußen so gut!“

Auf dem Friedhof lernte sie eine Fabrikantenwitwe kennen, deren einzigen Sohn man neben Thymians Grab gebettet hat. Die beiden Frauen „freunden sich an“, und Thymian besucht sie auch zuweilen in Schlachtensee. „Ich ginge gern noch öfter hin, aber ich fühle mich doch immer ein bißchen geniert, woran das liegt, weiß ich nicht, es ist so ein eigenes Gefühl, wenn man denkt: diese ehrsame Spießbürgerswitwe würde dich herausschmeißen und ihr Haus ausräuchern, wenn sie eine Ahnung hätte, wen sie sich eingeladen hat.“

Thymian macht gute Geschäfte, die Polizei wird infolgedessen mißtrauisch gegen die „Sprachlehrerin“. Da helfen die Zuhälter und besorgen ihr drei „einwandfreie“ Zeugen, die die eidesstattliche Versicherung abgeben, daß sie bei ihr Sprachstunden, die Stunde zu 2 Mark, nehmen. „Man kann so ziemlich für alle Lebenslagen in diesen Kreisen haben, was man braucht.“ Als später ihr Gatte, den sie heiratete, um wieder in reinlichere Verhältnisse zu kommen, gefänglich eingezogen werden soll, bringen die Zuhälter 2000 Mark Kaution auf, „aber das Gericht ging nicht darauf ein“ Als der Mann dann schwer krank aus dem Gefängnis kommt, lösen sich die Zuhälter und Dirnen in seiner Pflege ab. „Was er nur wünschte, wurde herbeigeschafft, ganze Körbe voll Sekt und Südweine und das teuerste Obst und alle Stärkungsmittel, und ist kaum einer jemals mit leeren Händen gekommen ..... Ich habe niemals ein unanständiges und rohes Wort an Casimirs Krankenbett gehört.“ Als er dann starb, gab es ein großes Begräbnis. „Die ganze Berliner Halbwelt beteiligte sich daran. Meine Wohnung konnte die Blumenspenden, worunter Kränze von auserlesenster Schönheit, kaum fassen, und der Sarg verschwand buchstäblich unter Blumen. An fünfzig Trauerequipagen folgten dem Leichenwagen, so daß der Leichenkondukt den Wagenverkehr in der Potsdamerstraße zeitweilig hemmte. Die Männer waren alle in umflorten Zylindern und die Frauen in tiefer Trauertoilette erschienen.“ Der Kirchenchor sang: „Wie sie so sanft ruhn!“ und ein liberaler Geistlicher hielt eine gute Predigt. „Man sah in der schwarzen Korona, die das Grab umstand, viele ernste, blasse Gesichter.“

Da es Thymian pekuniär immer besser geht, mietet sie sich bald in der Markgrafenstraße ein, wo sie pro Tag 12 Mark Miete zu zahlen hat. Die Vermieterin, der sich aus Angst vor dem Kuppeleiparagraphen, zu heiraten, und zwar einen lungenkranken Menschen. Man höre die Schilderung dieser Hochzeit, dann weiß man um das Milieu Bescheid, in dem Thymian lebte:

„Wir hatten gestern Hochzeit. Ach, du liebes Herrgöttchen! Was für eine Hochzeit! Der Standesbeamte soll nur immer den Kopf geschüttelt haben, als er den „Bräutigam“ ansah. Der Kerl kann kaum noch aufrecht stehen. Total schwindsüchtig. . . . Als sie zu Hause ankamen, mußte der junge Ehemann gleich ins Bett, und wir feierten allein Hochzeit, zwanzig Personen, bis heute früh zwei Uhr, und es war so lustig, daß die Aufwärterin das Zimmer nachher mit dem verschütteten Sekt hat aufnehmen können und gar kein Wasser brauchte.“

Wie konnte nun dieses Wesen, das stets einen ungewöhnlichen Bildungsdrang zeigte, klug, schön war und die Lektüre Gottfried Kellers, Storms und Fontanes allen „spannenden Romanen“ vorzog, in dies Milieu geraten? Folgendermaßen. Ihre Mutter starb, als Thymian noch ein kleines Kind war. „Es war mir, als sei ein Loch im Hause.“ Ihr Vater, von Beruf Apotheker, ein sinnlicher, haltloser Mensch, trieb mit Haushälterinnen sein Wesen, und ließ Thymian gewähren, die er leidenschaftlich liebte, ohne ihr aber ein Halt sein zu können. Die Schilderungen aus dem Elternhaus, der Verwandtschaft, der Kleinstadt sind so ausgezeichnet, daß wir an dieser „Verlorenen“ auch eine Schriftstellerin von Bedeutung verloren haben. Als Fünfzehnjährige wird sie von dem Apothekergehilfen verführt. Sie weigert sich, den Schurken zu heiraten, und bringt bei einer Hebamme in Hamburg ein Mädchen zur Welt. Bei ihr kommt sie denn auch zum erstenmal mit der Welt in Berührung, der sie bald angehören soll. Da einem Hamburger Konsul ein Töchterchen starb, wird ihm unter Zustimmung der Verwandschaft Thymians Kind verkauft. „Ich weinte, schrie und bettelte,“ aber es hilft nichts. Thymian ist ja noch minderjährig und muß über sich ergehen lassen, was die Verwandtschaft bestimmt. „Ich will reich werden, und dann will ich mal sehen, ob man mir mein Kindchen, das ich unter Schmerzen zur Welt gebracht habe, und für das ich schon viel habe leiden müssen, vorenthalten kann.“ Hier haben wir den Schlüssel zu Thymians Zukunft!

Vorläufig wird sie in eine Besserungsanstalt zu einem Pastor aufs Land getan. „Frau Pastor sagt mit jedem zehnten Wort: Mit Gott. Mit Gott schlug sie neulich dem Stubenmädchen auf den Mund, daß die Nase blutete und zwei Zähne wackelten, mit Gott hat sie schon ungezählte Strafgelder für Dienstbotenmißhandlungen und Beleidigungen berappen müssen.“ In einem solchen Haus wird ihr natürlich die letzte Achtung vor Christentum und Gott ausgetrieben.

„Man schließt vom Diener auf den Herrn. Was muß das für ein Herr sein, dem diese heuchlerischen, lieblosen, boshaften Menschen mit ihrer Heuchelei, ihrer Erbarmungslosigkeit und ihrer Gehässigkeit zu dienen glauben!“ Thymian geht durch, sie flieht zu einer Bekannten, die sie bei jener Hamburger Hebamme kennen lernte und sich aushalten läßt. Damit ist ihr Schicksal entschieden. Reich will sie werden, um ihr Kind wieder zurückzukaufen. Dazu nutzt sie die Männer. Immer wieder sucht sie, ihr Kind zu sehen. In den Anlagen, auf den Straßen lauert sie dem Mädchen auf, das sie schön gekleidet, wohlgepflegt, spazieren fahren sieht. Ja, sie dringt sogar wiederholt in des Konsuls Haus, bis der Biedermann ihr mit der Sittenpolizei droht, wenn sie ihn noch einmal belästige. Seitdem meidet sie das Haus, leidet aber schwer darunter. Was eine Kupplerin ihr sagt, bewahrheitet sich nur zu sehr: „Sie haben ein Kind und die bürgerliche Gesellschaft will nichts mehr von Ihnen wissen . . . Da können Sie machen, was Sie wollen, für voll werden Sie da nicht mehr genommen. Deshalb kommen Sie lieber zu uns, bei uns braucht man sich nicht zu genieren und kann jeder nach seiner Fasson selig werden. Bei uns fragt niemand: Woher der Fahrt, wes Nam' und Art!“

Sie verkauft sich in Hamburg an gar manchen, aber sie bleibt doch immer das stolze, eigenartige Geschöpf. Als sie eine reiche Heirat machen und so aus aller Misere herauskommen kann, schlägt sie die Partie aus, weil sie nicht will, daß sich der Mann um ihretwegen von seiner Frau scheiden lasse. Als der Verliebte immer heftiger in sie dringt, weiß sie sich nicht anders zu helfen, als das sie ihm klarmacht, daß sie eine ganz gewöhnliche Dirne, für jedermann zu haben. „Ich habe heute den Glauben an die Menschen verloren!“ schrie er. — „Dann haben Sie viel gewonnen!“ sagte ich kalt. — Diese Antwort redet Bände!

Auf die Hamburger folgt die Berliner Periode dieses Lebens. Wie sie zu ihrem Mann, einem Grafen Osdorff, kam, der als Zuhälter niedrigster Sorte endet, das läßt sich in wenigen Worten nicht schildern. Diese Odyssee muß man selbst lesen. Grotesk, wüst und doch immer wieder so rührend! Nach dem Tod ihres Mannes sucht sie dessen Vormund, ein älterer Graf Osdorff, auf. Die beiden werden Freunde, er mietet ihr eine schöne Wohnung, äußerlich hat sie, die nun als „Privatiere“ angemeldet ist, keine Sorgen mehr. Jetzt läßt sie auch die Polizei in Ruhe. „Das ist eben das Ungerechte: wenn man einen reichen Menschen gefunden hat, dem man sich mit Haut und Haaren verkauft, bleibt man verschont, aber wehe den Unglücklichen, die nicht das „Glück“ hatten, solchen Freund zu finden, und die sich bruchstückweise auf der Straße verschachern.“

Aber zur Ruhe kommt Thymian nicht. Ihr Kind ist, acht Jahre alt, gestorben. Kein Wort sagt sie darüber in ihrem Tagebuch. Nur ein Zeitungsausschnitt mit einer großen, schwarzumränderten Todesanzeige, in der Konsul Peters den Tod „seiner einzigen, heißgeliebten Tochter“ beweint,

Um den Lorbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(41. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Baurat kniff eine Minute Augen und Lippen zusammen, ein Zeichen, daß er nachdachte.

„Was tun? Ja, hier ist schwer zu helfen —“ er blickte nach seiner Uhr — „4 Uhr — in einer Stunde sind wir in Basel. Einmal dort, dürfte es zu spät sein, wir müssen also versuchen, ob wir die paar deutschen Stationen noch benutzen können. In Wollweiler beträgt der Aufenthalt nur eine Minute, auch ist der Ort zu klein, als daß wir zum Ziele gelangen möchten — dagegen dürfte in Mülhausen zweifellos Polizei am Bahnhofe zu treffen sein.“

„Ich war bisher der festen Ueberzeugung, Doktor Hohl sei der Urheber der Tat,“ warf Tante Doris in heftiger Bewegung ein, „indessen was Wera vorbringt, ist nicht von der Hand zu weisen. Geschehen muß etwas in der Sache. Wollen Sie die Angelegenheit in die Hand nehmen, lieber Claar?“

„Es ist nicht viel dabei zu tun — ich steige in Mülhausen aus, setze den Stationsvorsteher in Kenntnis und ersuche um sofortige Benachrichtigung der Polizei.“

Sowohl die Tante als Wera erklärten sich hiermit einverstanden. Was hätten sie auch weiter zu unternehmen vermocht? Untrügliche Beweise besaßen sie ja nicht, nichts lag gegen den Reisenden vor, als die Aussage eines jungen Mädchens, und täuschte sich dieses in bezug auf die Identität des Dr. Möllenscheidt mit dem Gesicht an ihrem Fenster, so fiel die ganze Anklage haltlos in sich zusammen. Der Baurat zweifelte auch stark, daß es ihm möglich sein werde, die Mülhäuser Polizei bei der Kürze der Zeit zu einem entscheidenden Schritte zu gewinnen. Weras Ueberzeugung dagegen war unerschütterlich. Sie sei ihrer Sache gewiß, beteuerte sie immer wieder und zählte die Minuten bis zur Ankunft in Mülhausen, gequält von einer folternden Furcht, der „Mörder“, wie sie ihn in ihrem Innern bezeichnete, werde entfliehen und Reinharts Unschuld nicht an den Tag kommen.

Mülhausen — endlich!

Drei Minuten Aufenthalt!

Noch steht der Zug nicht einmal völlig still, da reißt Claar bereits die Tür auf, im nächsten Augenblicke springt er auf den Perron.

Dort leuchtet die rote Mütze des Stationsvorstehers. Rasch auf ihn zu! Mit wenig Worten teilt er ihm sein Begehren mit.

„Dort hinten steht ein Polizeibeamter,“ bedeutete ihn der Bahnhofsvorstand mit eiliger Handbewegung. „Wenden Sie sich an den — den Zug kann ich unter keinen Umständen aufhalten. Wir haben schon acht Minuten Verspätung —“

„Aber in einem solchen Falle —“

„Tut mir leid! Setzen Sie sich mit der Polizei ins Einvernehmen, eventuell können Sie den Mann zum Aussteigen zwingen. Handeln Sie schnell, wir haben nur noch zwei Minuten.“

Mit wenigen Sprüngen war der Baurat bei dem Vertreter der öffentlichen Sicherheit. Dieser hörte ihm mit gespannter Mienne zu.

„Ich habe von dem Leipziger Fall gelesen,“ nickte er eifrig. „Sind Sie aber auch Ihrer Sache sicher? Uebernehmen Sie die Verantwortung?“

Claar zuckte verlegen die Achseln.

„Irren ist menschlich,“ bemerkte er unsicher. „Falls Fräulein Sekal sich doch von einer Aehnlichkeit trügen läßt —“

„Ich will mit der Dame selbst sprechen,“ entschied sich der Polizeibeamte rasch. „Die Zeit drängt —“

„Ich fürchte so sehr, daß es bereits zu spät ist,“ rief der Baurat ratlos.

„Bedaure, aber —“

„In St. Ludwig ist ebenfalls keine Möglichkeit — und wenn wir erst einmal über die Grenze sind —“

Der Beamte überlegte. Die Aussicht, sich das Verdienst der Ergreifung eines flüchtigen Mörders zu erwerben, lockte sehr, nicht nur wegen der Ehre, sondern auch in Anbetracht einer eventuell winkenden Belohnung, andererseits fürchtete er auch, einen Mißgriff zu begehen, in welchem Falle er sich auf eine Nase von erheblichen Dimensionen gefaßt machen durfte.

„Warten Sie einen Augenblick, ich fahre mit Ihnen,“ resolvierte er sich nach kaum sekundenlangem Nachdenken. „Ich ersuche den Stationsvorsteher, den Aufenthalt um eine Minute zu verlängern, während dessen telephoniere ich nach dem Polizeibureau und erbitte mir Genehmigung zu diesem Schritte. Erhalte ich sie, bin ich in kurzem bei Ihnen — steigen Sie ruhig ein, es ist besser, wir werden nicht zusammen gesehen.“

Damit rannte er der Richtung zu, in welcher der Stationsvorsteher sich befand, während der Baurat unbefriedigt in das Coupé zurückkehrte. Seine Hoffnung auf das Erscheinen des Polizisten war nur eine geringe — auch Wera vernahm kleinlaut seinen Bericht und Tante Doris schnippte ärgerlich mit den Fingern.

Indessen — der Zug hielt wirklich anderthalb Minuten über die fahrplanmäßige Zeit, so sehr der Baurat aber auch seine Augen anstrengte, den Polizeibeamten sah er nicht einsteigen.

„Wie ich dachte; man hat ihm die Erlaubnis verweigert,“ brummte er unwirsch — da stand der Erwartete vor ihm und fragte mit leiser Stimme:

„Ist dies die junge Dame, mein Herr?“

Freudig überrascht rief Claar: „Da sind Sie ja,“ und nötigte ihn, sich Wera gegenüber zu setzen. Diese nannte nun ihren Namen und berichtete ausführlich über alle ihre Wahrnehmungen. Schweigend lauschte der Beamte, ein junger,

findet sich zwischen zwei Blättern. Inzwischen haben Thymians Herz und damit auch ihre Sinne zum erstenmal gesprochen. Mit elementarer Leidenschaft hängt sie sich an diesen Mann, einen Arzt, der glücklich verheiratet, für sie also nicht mehr zu haben ist. Es bewegt aufs tiefste, wenn man sich diese Leidenschaft in dem Tagebuch austoben sieht, die Leidenschaft einer Dirne, ein Gefühl, das so herrlich und tief ist, daß sie an den edlen, aber etwas pomadigen Doktor wie verschwendet erscheint. Derweil wird die „Privatiere" von vornehmen Damen für Wohltätigkeitszwecke angegangen, und da sie reichlich gibt, gelangt sie sogar in den Vorstand solcher Vereine. „Wenn's gut geht, werde ich noch mal dekoriert und komme in die „Woche". Singular. Mit dem Plural ist es wohl endgültig aus." Als dann einer der Wohltätigkeitsherren sie wiedererkennt, wird sie höflichst um Austritt aus den Vereinen ersucht. Auch läßt ihr unruhiges, heißes Blut — sie legt selbst Wert darauf, daß sie einer französischen Großmutter, der man in der Familie viel Uebles nachsagte, auffallend ähnlich sieht — ihr nicht immer in der stillen Umgebung des alternden Grafen Ruhe. Als auch er sie heiraten will und fragt, ob sie ihm treu geblieben, setzt sie ruhig ihre ganze Existenz aufs Spiel und antwortet ehrlich: Nein. Der Graf heiratet sie nicht, ist aber vornehm genug, auch weiterhin ihr Freund zu bleiben, bis sie am 7. April 1903 stirbt. Ihre letzte lesbare Eintragung vom 6. April lautet: „Gottlob, daß wir jetzt dem Frühling entgegengehen. Morgen will ich aufstehen... Morgen..."

Am nächsten Morgen war sie tot.

Soziales und Parteileben.

Keine Aussperrung in der Breslauer Metallindustrie. Die angedrohte Aussperrung sämtlicher Breslauer Metallarbeiter wird, wie gestern schon kurz berichtet, nicht zur Tat werden: Freitagabend ist es nach dreistündigen Verhandlungen zur Einigung zwischen den Unternehmern und den ausständigen und ausgesperrten Metallarbeitern gekommen. Die erzielte Verständigung brachte den Eisen-, Metall- und Revolverdrehern folgende Verbesserungen: 4 Pfg. Zulage pro Stunde für diejenigen Arbeiter, die bisher weniger als 30 Pfg. verdienten, 3 Pfg. für diejenigen, die 30–32 Pfg. verdienten, 2 Pfg. für diejenigen, die 32—40 Pfg. verdienten, 1 Pfg. für diejenigen, die über 40 Pfg. verdienten, Aufbesserung der Akkordlohnsätze. Die Arbeitszeit beträgt fortan 58½ Stunden pro Woche. Montags wird um 7 Uhr angefangen. Die Frühstückspause fällt weg. Der Ueberstundenzuschlag beträgt wie bisher 25 Proz. — Das kampfbereite Verhalten der Breslauer Metallarbeiter hat die Halsstarrigkeit des Unternehmertums gebrochen und sie zu Verhandlungen mit den Arbeitern geneigt gemacht.

Fünfhundert Handschuhmacher in Halberstadt streiken.

Die Klempner und Installateure in Aachen sind, nachdem die Kündigungszeit abgelaufen ist, in den Ausstand getreten.

Zur Färbereiaussperrung wird aus Meerane geschrieben: Der Beschluß der sächsischen und vogtländischen Webereiunternehmer in Greiz, sämtliche Arbeiter am 19. August auszusperren, wird von den Meeraner Arbeitern sehr gleichmütig aufgenommen. Nicht nur die ausständigen Färbereiarbeiter, sondern auch die Weber zeigen sich entschlossen, diesen der Arbeiterschaft brutal aufgezwungenen Kampf weiterzuführen. Die Meeraner Weber und Weberinnen sind gern bereit, die Opfer der Aussperrung zu tragen, nur fordern sie, daß die Färbereiarbeiter aushalten bis zum letzten Augenblick. Unter den Streikenden ist die Stimmung vorzüglich. Bis jetzt haben sich keine Arbeitswilligen für 13 Mark 50 Pf. Wochenlohn gefunden. Von auswärts ist noch kein einziger Arbeitswilliger nach Meerane gekommen. Die Hoffnung der Unternehmer, einige Tage nach Beginn des Streiks genügend Arbeitswillige zu haben, um den Betrieb weitergehen zu lassen, hat sich nicht erfüllt. Hauptsächlich rechneten sie auf Zuzug aus Böhmen und Bayern. Ihre Werber sind namentlich in Bayern sehr tätig. Unsere Genossen in der Hofer Umgebung werden gut tun, dem Treiben dieser Herren die größte Aufmerksamkeit zu schenken und die Streikenden dann rechtzeitig von allen Wahrnehmungen zu benachrichtigen. Möge die deutsche Arbeiterklasse die Zeit bis zum 19. August, dem Tage der Aussperrung, benutzen, um diesen drohenden Schlag mit aller Heftigkeit parieren zu können.

Aus Nah und Fern.

Der Urlaubserlaß des Generalleutnants v. Linsingen, der auch in Lübeck noch sehr bekannt sein dürfte, lautet nach der „Ulmer Ztg." wie folgt:

27. Division (2. K. W.)

II. Nr. 2488.

„Die von mir eingeforderten Nachweisungen über Mannschaftsbeurlaubungen während der Pfingsttage zeigen wir, daß in Beurlaubungen von Mannschaften nicht so verfahren wird, wie ich das im Interesse des Dienstes für nötig erachte.

Beurlaubungen von 86 Mann auf 7 Tage, von 72, 66, 65, 62 Mann auf 8 Tage oder 3½ Tage, auch von 30 Mann für mehrere Tage, von einer Kompagnie, Eskadron, Batterie sind Massenbeurlaubungen, die eintreten zu lassen der Kompagnie-, Eskadron-, Batteriechef gar nicht befugt ist. (?!?)

Mit Recht kann wohl angenommen werden, daß ähnliche Beurlaubungen auch an den Weihnachts- und Ostertagen erfolgen. Da erfahrungsgemäß auch sonst im Laufe des Dienstjahres noch Beurlaubungen geschehen (Ernteurlaub) so ergibt das für die weitaus größte Zahl der Mannschaften eine große Zahl von Urlaubstagen, an denen die Mannschaften dem Dienst entzogen werden.

Ich halte das aber bei der zweijährigen Dienstzeit nicht mehr für angängig.

Die Dienstzeit ist so knapp bemessen, daß wir mit jedem Tage, an welchem der Mann keinen Dienst tut, und nicht unter den Augen und der Aufsicht seiner Vorgesetzten ist, geizen müssen.

Ich ersuche daher, eine ganz wesentliche Beschränkung der Urlaubstage eintreten zu lassen.

Beurlaubungen von Unteroffizieren und Mannschaften, welche zu Uebungen eingezogen sind, selbst für kürzeste Zeit, liegen nicht im dienstlichen Interesse. Die zur Uebung Eingezogenen sollen vor allem in der militärischen Unterordnung gefestigt werden. Dazu ist das Leben in der Kaserne, die stete Beaufsichtigung durch Vorgesetzte und selbst jedes Antreten auch an Sonntagen (!!) fördernd auszunützen."

(Hier folgen ähnliche Bestimmungen für den Truppenübungsplatz Münsingen.)

„Wenn ich vorstehend eine Beschränkung der Beurlaubung von Mannschaften gefordert habe, und darauf hinwies, daß eine Beurlaubung von zu Uebungen Eingezogenen gegen das dienstliche Interesse verstößt, so erachte ich im Gegensatz hierzu eine häufigere und längere Beurlaubung der Offiziere und Unteroffiziere für dringend notwendig. (Folgt Begründung, daß dem vorzeitigen Verbrauch des Ausbildungspersonals vorgebeugt werden muß) Hierzu werden häufigere und längere Beurlaubungen wesentlich beitragen.

(gez.) v. Linsingen."

Die meisten Kompagniechefs glaubten diesen Erlaß cum grano salis auffassen zu müssen und entließen am letzten Sonntag wieder einige Leute, die einen dringenden Grund angegeben hatten. Exzellenz v Linsingen hatte sich aber, wie das genannte Blatt berichtet, höchstselbst auf dem Bahnhof eingefunden. Er sah die aussteigenden Reservisten und ließ sich später eine genaue Liste über den Grund dieser Beurlaubungen aufstellen, worauf er seine Ansicht dahin äußerte, daß nur der zehnte Teil dieser Gesuche gerechtfertigt sei. Die Regimentskommandeure bekamen das Nötige gesagt und insonderheit führte Se. Exzellenz etwa aus: „Sollte der Grund des Verfehlens gegen meinen Befehl darin liegen, daß die Hauptleute etwa bei Befolgung meines Befehls Furcht haben, in der Zeitung zu erscheinen oder gar im Landtag gebracht zu werden, so müßte ich sie wegen dieser Schwäche eines besseren belehren; ich mache mir jedenfalls nichts daraus." Eine weitere Angabe des Blattes vervollständigt das Bild dieses schneidigen Generals. Er soll nämlich jedem Mann der Garnison, der nicht vor ihm Front macht, 5 Tage Mittelarrest in Aussicht gestellt haben, weil durch das Frontmachen die Disziplin auf der Straße und damit jegliche Zucht und Ordnung gehoben werde. — Unser Stuttgarter Parteiorgan bemerkt zu dem Ukas: In Württemberg herrscht der Kleinbetrieb in der Landwirtschaft vor. Im Gegensatz zu Ostelbien, wo die Ernteurlauber den Großgrundbesitzern billige und willige Arbeitskräfte liefern sollen, sucht hier der Sohn den Eltern bei der Erntearbeit, die die alten Leute allein nicht mehr leisten können, behülflich zu sein. Dadurch wird die drückende Blutsteuer doch ein wenig gemildert; darum haben unsere Landtagsabgeordneten auch für die Gewährung von Ernteurlaub nach Kräften gewirkt. Herrn v. Linsingen paßt das nicht. Wenn das Korn auf dem Felde, das Heu auf den Wiesen verfault, wenn kleine Leute auch an den Bettelstab kommen, das geniert ihn wenig. Die „militärische Unterordnung" ist die Hauptsache. Die zur militärischen Uebung eingezogenen Reservisten und Landwehrleute lassen zum großen Teil Weib und Kind daheim. Sie haben ein Geschäft, mit dem sie sich redlich zu nähren suchen. Sie müssen es im Stich lassen, um ihrer militärischen Pflicht zu genügen. Ob daheim alles außer Rand und Band geht, das geniert Seine Exzellenz nicht. Er hat ja zu leben. Einen freien Tag, damit die Eingezogenen im Geschäft nach dem Rechten sehen können, haben nach Herrn v. Linsingens Anschauungen die Leute nicht notwendig. Was schiert ihn Weib, was schiert ihn Kind des „gemeinen" Mannes. Militärische Unterordnung! Das ist die Hauptsache. „Wenn ich befehle, müßt ihr auf Vater und Mutter schießen!" ist einst den Garderekruten gesagt worden. Hehres Ziel der militärischen Erziehungskunst, wert, daß man die Mannschaften sogar des Sonntags antreten läßt, und ihnen die Feiertagsruhe nimmt! Herr v. Linsingen läßt nur zweierlei außer acht. Erstens: daß es die „Zivilistenkerle" sind, die das Heer und auch den Herrn Generalleutnant v. Linsingen ernähren müssen, und wenn die einmal nicht mehr zahlen können, so bricht auch die militärische Herrlichkeit elend zusammen. Und zum zweiten wird die von Herrn v. Linsingen geübte Erziehungsmethode zur „militärischen Unterordnung" gerade das Gegenteil von dem bewirken, was der Herr Generalleutnant will. Schon mancher ist als Sozialistenfresser beim Militär eingetreten und als Sozialist zurückgekehrt. Dem Herrn Generalleutnant v. Linsingen genügen wohl diese Erfolge militärischer Erziehungskunst noch nicht? Im übrigen ist noch darauf hinzuweisen, daß Württemberg schon früher mit den Stülpnagel, Alvensleben und anderen energischen Herren fertig geworden ist; die Bäume des Herrn v. Linsingen werden also wohl schwerlich in den schwäbischen Himmel wachsen.

Ein furchtbares Verbrechen wurde in Schmargow bei Brandenburg a. d. Havel verübt. Dort überfiel der aus Oesterreich gebürtige Feldarbeiter Schmidt auf dem Felde eine Ungarin, mit der er früher eine Liebelei hatte. Seitdem sie nicht mehr in demselben Dorfe zusammen arbeiteten, hatte das Mädchen einem Knechte aus Schmargow ihre Gunst zugewandt. S. tötete das Mädchen mit zwei Revolverschüssen. Dem hinzueilenden Knechte brachte er ebenfalls mehrere Revolverschüsse bei, so daß dieser zusammenbrach. Hierauf richtete Schmidt die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in den Mund.

Im Wahn. In einem Anfalle geistiger Umnachtung erschoß sich der in Heidelberg bei Deutsch-Neudorf im Erzgebirge zu Besuch weilende Leutnant Süß vom 133. Infanterie-Regiment in Zwickau. Seinen Vater, der ihn daran hindern wollte, verletzte er durch einen Schlag mit dem Revolver auf den Kopf derart, daß ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden mußte.

Tragisches Geschick. Aus Saarbrücken wird unterm 4 d. gemeldet: In dem benachbarten Hühnerfeld hat heute Nacht ein junger Bergmann seine 63 Jahre alte Mutter, die sein Zimmer betrat, erschossen, weil er einen Einbrecher vermutete. — Als die dem Trunke ergebene Frau eines invaliden Bergmannes in Münchwieß bei Saarbrücken mit einem Teil von dessen Pension — den andern Teil hatte sie vertrunken — sinnlos berauscht nach Hause zurückkehrte, geriet ihr Mann in eine solche Wut, daß er sie durch einen wuchtigen Schlag mit einem Blumentopf auf den Kopf tötete. Er wurde verhaftet.

Württembergische Schulzustände. Aus Ulm wird gemeldet: Ein merkwürdiges Mittel wandte der Volksschullehrer Joh. Friedr. Stolz aus Hundersingen, OA. Münsingen, an, um einen Schüler zur Raison zu bringen. Er führte ihn nämlich in den Gang des Schulhauses hinaus, schlang ihm hier sein Taschentuch um den Hals, hob den Jungen daran in die Höhe und ließ ihn mit den Worten: „So sollte Dich Dein Vater aufhängen", eine zeitlang baumeln. Vor der Strafkammer hatte sich der Lehrer kürzlich hierüber zu verantworten. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis. Als strafmildernd wurde in Betracht gezogen, daß der Lehrer bei einer Schülerzahl von 83 äußerst angestrengt und infolgedessen überreizt gewesen sei. — Das Urteil der Strafkammer trifft den württembergischen Kultusminister und die bürgerlichen Parteien, die solch skandalöse Schulzustände hegen und pflegen, mit!

---

intelligenter Mann, einer schwierigen Mission dem Anschein nach gewachsen; er stellte dann noch eine Reihe von Fragen, schließlich bat er auch noch um die Legitimationspapiere.

„Sie müssen das entschuldigen, meine Herrschaften, aber, Sie sind mir gänzlich unbekannt; wer bürgt mir dafür, daß es sich nicht um einen Racheakt oder sonst einen Streich handelt, der mit den angegebenen Motiven nichts zu tun hat? Ich übernehme eine große Verantwortung, und muß mich schützen, so gut ich kann. Nicht daß ich Ihnen etwa mißtraute, so viel Menschenkenner ist man auch, aber die Ordnung verlangt es."

„Wir nehmen auch durchaus keinen Anstoß daran," erwiderte der Baurat. „Hier, unsere Reisepässe."

Der Beamte prüfte die Papiere sorgfältig. Dann gab er sie mit höflichem Dank zurück.

„Und nun — wo befindet sich Ihr Mann?"

„Er sitzt noch im Speisewagen — ich habe ihn erst vorhin dort gesehen." Während Wera erzählte, hatte der Baurat sich für kurze Zeit entfernt, um unauffällig zu sondieren, wo sich der Gegenstand ihres Interesses zurzeit befand, und konnte ihn zu seiner Freude noch auf demselben Stuhle sitzen sehen, den er früher eingenommen.

„Gut — im Augenblick sind wir in Sankt Ludwig, sobald wir die Station erreicht haben, fordere ich ihn auf, mir zur Polizei zu folgen. Mag diese dann alles weitere veranlassen."

Noch sprach er, da schrillte plötzlich der Pfiff der Lokomotive.

„Zeigen Sie mir den Mann," raunte der Beamte dem Baurat hastig zu.

Beide begaben sich nach dem Speisewagen.

Vergeblich durchforschte Claar den ganzen Raum — der Gesuchte war nicht vorhanden.

Bestürzt wandte er sich an den Kellner.

„Wo ist der Herr mit dem Feuermal hin, der eben noch hier saß?"

„Der Herr — ach ja — im Augenblick hinausgegangen."

„Kommen Sie," drängte der Beamte, und beide eilten den Seitengang entlang.

„Was ist das — der Zug fährt weiter?" rief da der Polizist betroffen.

„Wir haben uns doch kaum ein paar Sekunden aufgehalten?"

„Wahrscheinlich um die Verspätung einzubringen, fatal. Der Beamte stampfte ärgerlich mit dem Fuße. In wenigen Augenblicken sind wir über die Grenze, dann hat meine Macht ein Ende. Denn drüben die Verhaftung zu bewirken, würde großen Schwierigkeiten begegnen, und vielleicht angesichts der immerhin schwankenden Beweise ganz unmöglich sein."

„Wissen Sie keinen Ausweg?" fragte der Baurat gespannt.

„Nein — doch halt, wir müssen den Zug noch auf deutschem Boden zum Stehen bringen — rasch die Notbremse, ehe es zu spät ist."

Mit einigen Sprüngen erreichte er die Vorrichtung, im Nu war die Manipulation vollzogen — wenige Sekunden später stand bereits der Zug. Aufgeregt und verwirrt liefen die Passagiere zusammen, die Eisenbahnbeamten stürzten herbei.

„Was ist los?"

„Ein Unglück —"

„Sind wir entgleist?" tönten die Rufe durcheinander.

„Wer hat das Signal gegeben?" fragte der Zugführer streng.

Der Polizeibeamte erwiderte: „Ich," trat auf ihn zu und flüsterte ihm etwas ins Ohr.

„Aus dem Grunde also — gut, wollen Sie Ihre Pflicht erfüllen."

„Sind wir noch auf deutschem Boden?"

„Ja."

„So lassen Sie bitte durch Ihre Leute die Strecke besetzen und aufpassen, daß niemand aussteigt — vor allem keinen langen Mann mit einem großen Mal auf der linken Wange — wollen Sie?"

Der Zugführer nickte und gab leise seine Anweisungen. Der Beamte und Claar durchsuchten hierauf den ganzen Zug, aber vergeblich — Dr. Möllenscheidt war nirgends zu finden!

„Verwünscht, er ist uns entkommen," flüsterte der Polizist. „Hat jemand den Zug verlassen?" schrie er zu einem der Fenster heraus.

„Niemand."

Die meisten erinnerten sich des Mannes, aber aussteigen sehen hatte ihn keiner. Nur der Passagier, von dem der Baurat vorhin seinen Namen erfahren hatte, erklärte, ihn gerade vor der Ankunft in St. Ludwig an der Ausgangstür bemerkt zu haben.

„Dann hat er während des kaum zwei Sekunden währenden Aufenthalts dort den Zug verlassen," rief der Vertreter der Behörde verdrießlich.

„Vielleicht ist er doch noch irgendwo versteckt?"

Die Nachforschungen wurden nochmals aufgenommen — von dem Flüchtling fand man keine Spur. (Forts. folgt.)

Verantwortlicher Redakteur: Johs. Stelling. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck